



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Rat**

Sitzungsort : **Rathaus Ratsstiege 1, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Montag, 06.11.2017**

Sitzungsbeginn : **17:55 Uhr**

Sitzungsende : **22:15 Uhr**

Vorsitz

Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop

Teilnehmer

Herr Norbert Austrup
Herr Achim Berkenkötter
Herr Wolfgang Bovekamp
Frau Marita Bromann
Herr André Drinkuth
Herr Ernst-Rainer Fust
Herr Peter Hellweg
Herr Winfried Kaup
Herr Hubert Kobrink
Frau Beatrix Koch
Herr Bonito Kohaus
Frau Barbara Köß
Herr Ludger Lücke
Herr Ralf Niebusch
Herr Uwe Opitz
Herr Thomas Populoh
Herr Holger Post
Herr Werner Pötter
Herr Juan-Francisco Rodriguez Ramos
Herr Christoffer Siebert
Herr Wolf-Rüdiger Soldat
Herr Peter Sonneborn

bis 22.05 Uhr

Frau Svea Stehmann
Herr Markus Westbrock
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Lena Wickenkamp
Frau Anne Wiemeyer
Herr Martin Wilke
Herr Michael Zimmersch

Verwaltung

Herr Matthias Abel
Herr Klaus Aschhoff
Frau Heike Beckstedde
Herr Volker Combrink
Herr Ulrich Hölken
Herr Michael Jathe
Herr Ludger Junkerkalefeld
Herr Manuel Kortenjan
Herr Andreas Langer
Frau Isabel Petermann
Herr Jakob Schmid
Herr Klaus Schößler
Herr Frank Siemer
Frau Nadine Steinberg

Schriftführerin

Frau Andrea Westenhorst

Gäste

Herr Jovan Ilic	bis einschl. TOP 4
Frau Simone Mattedi	bis einschl. TOP 7
Herr Thomas Zimmermann	bis einschl. TOP 7

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Edmund Dalecki
Herr Daniel Hagemeier
Frau Hiltrud Krause

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Einwohnerfragestunde	
2. Befangenheitserklärungen	
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.09.2017 und über die Sitzung vom 10. Juli 2017 (hier nur TOP 2 "Befangenheitserklärungen")	
4. Analyse und Optimierung der IT durch eine externe Organisationsuntersuchung - Vorstellung des Ergebnisses Vorlage: B 2017/101/3808	
5. Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	
5.1. Entsendung von Vertretern der Stadt Oelde als Mitglied im Kuratorium des Marienhospitals Oelde Vorlage: B 2017/011/3833	
5.2. Antrag der CDU-Fraktion; Umbesetzung in diversen Ausschüssen und Gremien Vorlage: B 2017/011/3864	
5.3. Umbesetzung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Vorlage: B 2017/011/3861	
6. Anträge der Fraktionen	
6.1. Antrag der SPD-Fraktion; Bauvorhaben Stifterstraße in Oelde Vorlage: B 2017/011/3858	
6.2. Antrag der CDU-Fraktion; Straßenbenennung Vorlage: B 2017/011/3869	
6.3. Antrag der CDU-Fraktion; Lehrschwimmbecken Stromberg Vorlage: B 2017/011/3870	
7. Maßnahmenfreigabe zur Planung einer Mehrfachsporthalle Vorlage: B 2017/012/3868	
8. Haushaltssatzung 2018 Vorlage: B 2017/200/3847	
9. Änderung der Satzung der Stadt Oelde über die Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze zum 01.01.2018 Vorlage: B 2017/201/3854	

10. Gesamtabschluss 2016 der Stadt Oelde
Vorlage: B 2017/201/3853
11. Wirtschaftsplan 2018
Vorlage: B 2017/EBF/3842
12. Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde;
hier: Bericht des Bürgermeisters gem. § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung
Vorlage: M 2017/011/3872
13. Maßnahmenfreigaben
14. Verschiedenes
 - 14.1. Mitteilungen der Verwaltung
 - 14.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Bürgermeister Knop begrüßt die Mitglieder des Rates, die Zuhörerinnen und Zuhörer, Frau Haunhorst und Herrn Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“ sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Im Besonderen begrüßt er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes „Beweg‘ was“.

Weiter begrüßt er Herrn Illic von der Acocon GmbH, der zum Tagesordnungspunkt 4 berichten werde und Frau Mattedi sowie Herrn Zimmermann von der KPlan AG zum Bericht zum Tagesordnungspunkt 7.

Herr Bürgermeister Knop stellt fest, dass zu der Ratssitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist. Frau Krause, Herr Dalecki und Herr Hagemeyer können an der Sitzung nicht teilnehmen.

Frau Köß beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 6.2 „Antrag der CDU-Fraktion: Straßenbenennung im Baugebiet Benningloh II“. Der Antrag sei ohne Bedeutung, da es sich um eine nicht existente Straße handele. Herr Drinkuth entgegnet, dass das betreffende Baugebiet in der Entwicklung sei und keine Gründe entgegenstehen würden, frühzeitige Gedanken zur Namensgebung anzustellen. Eine konkrete Diskussion müsse später sicher im Fachausschuss erfolgen. Herr Westbrock spricht sich dafür aus, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen. Einen entsprechenden Antrag zur Geschäftsordnung werde er unter dem Tagesordnungspunkt stellen.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 6.2 „Antrag der CDU-Fraktion; Straßenbenennung im Baugebiet Benningloh II“ wird mit 19 Gegenstimmen und 11 Dafür-Stimmen abgelehnt.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Herr Ludger Winter möchte wissen, warum der Oelder Marktplatz neu gestaltet werden soll. Seiner Meinung nach zieht eine Umgestaltung nicht mehr Menschen in die Innenstadt. Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass der Rat der Stadt Oelde beschlossen habe, einen Masterplan Innenstadt erstellen zu lassen. Die Maßnahme „Umgestaltung des Marktplatzes“ sei u. a. Inhalt des Masterplanes. Insofern würde nun ein bestehender Ratsbeschluss ausgeführt.

Herr Olaf Barton erkundigt sich dem Sachstand zur Zukunft des Von-Galen-Altenwohnheims. Herr Bürgermeister Knop erklärt, dass die Sachstände derzeit vertraulich seien und er nicht in öffentlicher Sitzung darüber berichten dürfe.

Herr Ludger Winter möchte noch wissen, in welcher Höhe die Bäder der Stadt Oelde Gewinne und Verluste erzielen. Dazu verweist Herr Jathe auf die Beteiligungsberichte der WBO GmbH, die auf der Internetseite der Stadt Oelde eingesehen werden können. Die Bäder würden autark arbeiten. Die Verluste würden aus anderen Bereichen finanziert.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

2. Befangenheitserklärungen

Befangenheitserklärungen liegen nicht vor und es werden auch keine abgegeben.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.09.2017 und über die Sitzung vom 10. Juli 2017 (hier nur TOP 2 "Befangenheitserklärungen")

Abstimmung über TOP 2 „Befangenheitserklärungen“ der Niederschrift über die Sitzung vom 10. Juli 2017

Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass dieser Teil der Niederschrift in der Sitzung vom 18.09.2017 ausgenommen worden war, da Frau Köß zu diesem Punkt mündliche Anmerkungen gemacht hatte, die noch schriftlich dargelegt und von der Verwaltung geprüft werden sollten. Die Darlegung ist zwischenzeitlich erfolgt und wurde von der Verwaltung bewertet (Anlage zur Niederschrift). Die Niederschrift über die Sitzung vom 10. Juli 2017 wird mit entsprechenden Fußnoten versehen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde genehmigt einstimmig den Tagesordnungspunkt 2 der Niederschrift über die Sitzung vom 10. Juli 2017.

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18. September 2017

Herr Rodriguez bittet um folgende Richtigstellungen in der Niederschrift:

Seite 22, 7. Abschnitt: „Die SPD-Fraktion habe seinerzeit vor einer Baumaßnahme im Bestand gewarnt und *sich nicht an der Beschlussfassung beteiligt.*“

Seite 58, letzter Absatz (Projekt Stifterstraße): Geplant seien **30** (nicht 13) Wohnungen, sowohl als sozialer Wohnungsbau als auch in frei finanziertem Wohnungsbau.“

Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass die Niederschrift entsprechende Fußnoten hinsichtlich der Korrekturen erhalten werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 18. September 2017 mit den von Herrn Rodriguez vorgetragenen Korrekturen.

**4. Analyse und Optimierung der IT durch eine externe Organisationsuntersuchung -
Vorstellung des Ergebnisses
Vorlage: B 2017/101/3808**

Herr Bürgermeister Knop begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Ilic, Geschäftsführer der acacon GmbH.

In seiner Sitzung vom 19.12.2016 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, eine externe Organisationsuntersuchung der städtischen IT-Abteilung durchführen zu lassen, auf deren Grundlage Entscheidungen über die organisatorische und personelle Weiterentwicklung der städtischen IT getroffen werden können. Das Unternehmen acocon GmbH aus Bielefeld wurde mit der Untersuchung beauftragt. Der Auftrag umfasste:

- » Erstellung eines Servicekatalogs, der alle Leistungen der IT erfasst.
- » Analyse der Aufbau- und Ablauforganisation (ITSM Gap Analyse)
- » Analyse der IT Infrastruktur incl. Stärken-, Schwächenanalyse und einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (IOM Analyse)
- » Erfassung der Kompetenzen (SFIA Analyse)

Herr Ilic stellt das Ergebnis der Analyse anhand der als Anlage beigefügten Präsentation vor und beantwortet im Folgenden noch Fragen der Ratsmitglieder.

Herr Drinkuth stellt fest, dass ein Nachholbedarf fraglos bestehe. Er hält es für grundsätzlich wichtig, in der Tiefe zu sehen, wo Defizite konkret bestehen. Aus dem Grund sei die Erstellung eines Gutachtens zweifellos wichtig und sinnvoll. Er erkundigt sich nach Vergleichskommunen, auch im Hinblick auf die Festlegung des Personalstammes für das Tagesgeschäft und für weitere Zukunftsprognosen. Herr Ilic verweist dazu auf die umfangreichen Erfahrungen der acacon GmbH. Jede Analyse ergäbe unterschiedliche, individuelle Ergebnisse.

Herr Westbrock erinnert daran, dass die FDP-Fraktion schon vor einem Jahr festgestellt habe, dass ein Gutachten und die Aufstockung des EDV-Personals um zwei Stellen erforderlich seien.

Frau Köß beanstandet, dass den Ratsmitgliedern die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung nicht im Vorfeld zur Sitzung zur Verfügung gestellt worden seien. So wäre eine Vorbereitung auf das komplexe Thema unmöglich. Sie habe bei der Verwaltung in anderen Angelegenheiten schon mehrfach die rechtzeitige Übersendung von Unterlagen angemahnt. Frau Köß ist der Meinung, dass man hier nicht auf ein Luxusproblem zusteure. Sie erkenne den richtigen Ansatz, wenngleich man noch ganz am Anfang stehe. Sie hebt das ausgeprägte Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EDV-Abteilung hervor und berichtet in diesem Zusammenhang von der mehr als vorbildlichen Tätigkeit im Bereich der Betreuung der Oelder Schulen.

Herr Ilic betont, dass es mit der Einrichtung der zwei Stellen allein nicht getan sei, sondern die Maßnahmen zur Verbesserung der Defizite seien eine Kombination aus verschiedenen Komponenten und Faktoren. In einem Jahr würde belastbares Zahlenmaterial vorliegen.

Herr Rodriguez weist darauf hin, dass es nicht schädlich gewesen wäre, schon vor einem Jahr zwei

weitere Fachkräfte für den EDV-Bereich einzustellen und möchte wissen, ob man nun ein ganzes Jahr verloren habe.

Das verneint Herr Ilic eindeutig und unterstreicht erneut, dass mit der Einstellung von zwei neuen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern allein noch keine Effizienz erzielt werde. Die Lösung der Defizite könne nur anhand einer Kombination von verschiedenen Prozessen und Werkzeugen erzielt werden.

Auf Anfrage von Herrn Niebusch, ob die IT-Bereiche der Kommunen nicht identisch seien und daraus Lösungsschritte entwickelt werden könnten, teilt Herr Ilic mit, dass es kaum identische Anwendungen, allenfalls in gewissen Teilen Überschneidungen gebe.

Frau Wickenkamp erkundigt sich nach dem weiteren Verfahren. Dazu erklärt Herr Schmid, dass über den Stellenplan 2018 zwei zusätzliche Stellen für den EDV-Bereich eingerichtet werden. Zur Finanzierung der weiteren Beratungsleistungen seien eventuell Mittel über Änderungslisten für den Haushalt 2018 anzumelden, sofern im Haushalt 2017 keine Mittel mehr verwendbar seien.

Herr Siebert sieht den Bedarf von zwei weiteren Stellen. Wenn der entsprechende Reifegrad erreicht sei, müsste geprüft werden, ob weiteres Personal einzustellen sei oder aber ob Arbeitsbereiche nach außen abgegeben werden könnten.

Herr Soldat weist auf den bestehenden Fachkräftemangel hin und erkundigt sich nach den Erfolgsaussichten der Stellenausschreibungen. Dazu teilt Herr Schmid mit, dass der Markt zwar angespannt sei, die Verwaltung aber aus einer vorangegangenen Stellenausschreibung in dem Bereich eine gute Resonanz erfahren habe.

Herr Ilic empfiehlt in diesem Zusammenhang ganz besonders auch die Ausbildung im eigenen Haus.

Herr Bürgermeister Knop und die Ratsmitglieder bedanken sich bei Herrn Ilic für die Vorstellung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung und der Handlungsempfehlungen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5. Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

5.1. Entsendung von Vertretern der Stadt Oelde als Mitglied im Kuratorium des Marienhospitals Oelde Vorlage: B 2017/011/3833

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

Die derzeitige Amtsperiode von Herrn Wolfram Gerling als Vertreter der Stadt Oelde im Kuratorium des Marienhospitals Oelde endete zum 31.01.2017, die Amtsperiode von Herrn Peter Kwiotek endete bereits am 31.07.2015. Mit Schreiben vom 17. Juli 2017 ist die Stadt Oelde von der Geschäftsführung des Marienhospitals gebeten worden, eine Entscheidung herbeizuführen, wie die Sitze der Stadt Oelde zukünftig zu besetzen seien (siehe Anlage).

Der Rat der Stadt Oelde hat entsprechend der Satzung des Marienhospitals Oelde das Recht einen Vertreter je freien Sitz zur Ernennung durch den Diözesan-Bischof vorzuschlagen. Eine wiederholte Ernennung ist möglich. Die Amtszeit beträgt sechs Jahre. Voraussetzung ist die Mitgliedschaft in der katholischen Kirche. Zudem müssen sie Bürger der Stadt Oelde sein.

Die eigentliche Ernennung erfolgt durch den Diözesan-Bischof. Um der Vorgabe, eine ausreichende Zahl geeigneter Personen für die Besetzung von Stellen im Kuratorium vorzuschlagen, Rechnung zu tragen, bedarf es daher für den Vorschlag zur Neubesetzung der Nennung eines Ersatzkandidaten.

Herr Gerling steht für eine erneute Wahl zur Verfügung. Für die freiwerdende Stelle von Herrn Peter Kwiotek schlägt die SPD-Fraktion Herrn Michael Zummersch vor.

Auf Anfrage von Herrn Westbrook erklärt Herr Bürgermeister Knop, dass es sich beim Kuratorium des Marienhospitals um eine kirchliche Stiftung und nicht um einen öffentlichen Arbeitgeber handle und dieser darum vorschreiben dürfe, dass Mitglieder des Kuratoriums der Katholischen Kirche angehören müssen.

Frau Köß schlägt Frau Marita Brommann als Ersatzkandidatin vor. Die CDU-Fraktion schlägt Herrn Daniel Hagemeyer als Ersatzkandidaten vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde schlägt einstimmig bei einer Enthaltung

Herrn Wolfram Gerling, Von-Bodelschwingh-Straße 12, 59302 Oelde

und

Herrn Michael Zummersch, Meienbrockstraße 27, 59302 Oelde

für die Wiederwahl der frei werdenden Stellen der Vertreter der Stadt Oelde im Kuratorium des Marienhospitals vor. Ersatzweise werden einstimmig bei einer Enthaltung Frau Marita Brommann und Herr Daniel Hagemeyer vorgeschlagen.

5.2. Antrag der CDU-Fraktion; Umbesetzung in diversen Ausschüssen und Gremien Vorlage: B 2017/011/3864

Herr Bürgermeister Knop trägt vor:

Die CDU-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 18. Oktober 2017 folgende Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien sowie die Änderung des Besetzungsverhältnisses im Jugendhilfeausschuss:

Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

Herr Daniel Hagemeier wird aus dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport abberufen. Herr Martin Wilke wird in den Ausschuss Schule, Kultur und Sport berufen.

Umsetzung im Jugendhilfeausschuss

Vor dem Hintergrund der ersten nachfolgend aufgeführten Umsetzung (Ratsmitglied Populoh wird durch die sachkundige Bürgerin Mathmann ersetzt) ist es erforderlich, eine entsprechende Angleichung des Verhältnisses von Ratsmitgliedern zu Sachkundigen Bürgern gem. § 58 Abs. 4 GO in der Zusammensetzung des Ausschusses zu beschließen. Das jetzige Besetzungsverhältnis sieht 7 Ratsmitglieder und 2 sachkundige Bürger/Bürgerinnen vor. Durch den vorgesehenen Wechsel verändert sich das Besetzungsverhältnis auf 6 Ratsmitglieder und 3 sachkundige Bürgerinnen/Bürger.

Herr Thomas Populoh wird aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen. Frau Beate Mathmann wird als sachkundige Bürgerin in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Frau Judith Meyer-Richter wird als sachkundige Bürgerin aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen. Frau Charlotte Ullrich wird als sachkundige Bürgerin in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Frau Charlotte Ullrich wird als personengebundene Vertreterin von Frau Judith Meyer-Richter abberufen. Herr Bastian Kirsch wird als sachkundiger Bürger als personengebundener Vertreter von Frau Ullrich in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Herr Norbert Austrup wird als personengebundener Stellvertreter von Thomas Populoh aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen. Frau Katarina Henne wird als sachkundige Bürgerin als personengebundene Vertreterin von Frau Mathmann in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Umsetzung im Ausschuss für Umwelt und Energie

Herr Thomas Populoh wird aus dem Ausschuss Umwelt und Energie abberufen. Herr Martin Wilke wird in den Ausschuss Umwelt und Energie berufen.

Umsetzung im Aufsichtsrat AUREA:

Herr Daniel Hagemeier wird aus dem Aufsichtsrat AUREA abberufen. Herr Christoffer Siebert wird in den Aufsichtsrat AUREA berufen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig nachfolgende Umsetzungen in Ausschüssen und Gremien sowie die nachfolgende Änderung des Besetzungsverhältnisses im Jugendhilfeausschuss:

Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

Herr Daniel Hagemeier wird aus dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport abberufen. Herr Martin Wilke wird in den Ausschuss Schule, Kultur und Sport berufen.

Umsetzung im Jugendhilfeausschuss

Vor dem Hintergrund der ersten nachfolgend aufgeführten Umsetzung (Ratsmitglied Populoh wird durch die sachkundige Bürgerin Mathmann ersetzt) ist es erforderlich, eine entsprechende Angleichung des Verhältnisses von Ratsmitgliedern zu Sachkundigen Bürgern gem. § 58 Abs. 4 GO in der Zusammensetzung des Ausschusses zu beschließen. Das jetzige Besetzungsverhältnis sieht 7 Ratsmitglieder und 2 sachkundige Bürger/Bürgerinnen vor. Durch den vorgesehenen Wechsel verändert sich das Besetzungsverhältnis auf 6 Ratsmitglieder und 3 sachkundige Bürgerinnen/Bürger.

Herr Thomas Populoh wird aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen. Frau Beate Mathmann wird als sachkundige Bürgerin in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Frau Judtih Meyer-Richter wird als sachkundige Bürgerin aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen. Frau Charlotte Ullrich wird als sachkundige Bürgerin in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Frau Charlotte Ullrich wird als personengebundene Vertreterin von Frau Judith Meyer-Richter abberufen. Herr Bastian Kirsch wird als sachkundiger Bürger als personengebundener Vertreter von Frau Ullrich in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Herr Norbert Austrup wird als personengebundener Stellvertreter von Thomas Populoh aus dem Jugendhilfeausschuss abberufen. Frau Katarina Henne wird als sachkundige Bürgerin als personengebundene Vertreterin von Frau Mathmann in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Umsetzung im Ausschuss für Umwelt und Energie

Herr Thomas Populoh wird aus dem Ausschuss Umwelt und Energie abberufen. Herr Martin Wilke wird in den Ausschuss Umwelt und Energie berufen.

Umsetzung im Aufsichtsrat AUREA:

Herr Daniel Hagemeier wird aus dem Aufsichtsrat AUREA abberufen. Herr Christoffer Siebert wird in den Aufsichtsrat AUREA berufen.

5.3. Umsetzung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Vorlage: B 2017/011/3861

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

In den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport sind gemäß § 85 Abs. 2 SchulG NRW auch zwei Vertreter der Schulen zur ständigen Beratung berufen worden.

Für die Oelder Grundschulen ist dies Frau Dorothee Vogedes. Als ihr Stellvertreter wurde Herr Marc Gitter berufen. Herr Gitter ist seit dem 01.08.2017 nicht mehr in Oelde tätig.

Die Verwaltung schlägt daher vor, Frau Tanja Barkey, Schulleiterin der Albert-Schweitzer-Schule, an seiner Stelle zu berufen.

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig, Frau Tanja Barkey als Vertreterin von Frau Dorothee Vogedes in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zu berufen.

6. Anträge der Fraktionen

6.1. Antrag der SPD-Fraktion; Bauvorhaben Stifterstraße in Oelde Vorlage: B 2017/011/3858

Herr Rodriguez erläutert den Antrag der SPD-Fraktion:

„Bereits im Februar 2016, also vor mittlerweile knapp 20 Monaten, hat der Rat der Stadt Oelde den Bebauungsplan Nr. 127 "Stifterstraße" der Stadt Oelde einstimmig mit der Maßgabe beschlossen, „dass eine maximale Bebauung der sechs Parzellen mit 24 Wohneinheiten vorgesehen wird.“

Bis dato haben wir von der Verwaltung unserer Stadt noch keinen Investor präsentiert bekommen, der unter diesen Vorgaben gewillt zu sein scheint, diese Baumaßnahme umzusetzen.

Da insbesondere der Mietmarkt in Oelde angespannt ist und wir seit vielen Monaten bereits geeignete Wohnungen für in Oelde lebende, anerkannte Flüchtlinge suchen, stellen wir hiermit den Antrag, auf Grund mangelndem privatem Interesse und öffentlicher Notwendigkeit, das Bauvorhaben an der Stifterstraße als städtisches Projekt durchzuführen uns selbst als Bauherr aufzutreten.

Wir bitten, über diesen Antrag in der nächsten Ratssitzung zu beraten und zu beschließen und entsprechende Haushaltmittel für den Haushalt 2018 bereitzustellen.“

Herr Bürgermeister Knop erklärt, dass der bestehende Wohnraumbedarf an der Stelle unstrittig sei. Für die Errichtung von 24 Wohneinheiten sei kein Investor gefunden worden. Die Verwaltung selber sei zu wirtschaftlichem Handeln verpflichtet und könne daher keine verlustbehaftete Baumaßnahme durchführen. Ein Investor sei jedoch nach wie vor bereit, an der Stelle Wohnraum zu schaffen. Allerdings stelle dieser die Bedingung, anstelle der 24 Wohneinheiten 30 Wohnungen bauen zu dürfen (15 Wohneinheiten frei finanziert und 15 Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau). Nachbarwiderstände gegen das Bauvorhaben seien in beiden Fällen zu erwarten und auch schon vorgetragen worden, so Herr Bürgermeister Knop.

Herr Abel hält das vom Investor geplante Vorhaben für städtebaulich vertretbar. Es werde in architektonisch ansehnlicher Art und Weise unter Berücksichtigung des Gemeinwohles ausgeführt. Für die Umsetzung sei jedoch im Vorfeld die Änderung des geltenden Bebauungsplanes erforderlich.

Herr Siebert teilt mit, dass die CDU-Fraktion daran interessiert sei, dass die Errichtung sozialer Wohngebäude vorangetrieben werde. Die Stadt sollte kein defizitäres Projekt durchführen. Daher spreche sich die CDU-Fraktion dafür aus, den Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass 30 Wohneinheiten in der Stifterstraße entstehen dürfen.

Dieser Auffassung schließt sich Herr Niebusch im Namen der FWG-Fraktion an.

Ebenso Herr Westbrook im Namen der FDP-Fraktion. Er ergänzt, dass die befürchtete Entstehung eines Brennpunktes an der Stelle mit nun nur 15 Sozialwohnungen statt der 24 sicher geringer sei. Dass die Schaffung von Sozialwohnungen nicht mehr wirtschaftlich darstellbar sei, liege seiner Auffassung nach, an der von der damaligen SPD-Landesregierung eingeführten Energieeinsparverordnung.

Herrn Drinkuth ist es wichtig, an der Stelle eine Lösung zu finden, die den Anwohnern entgegenkomme. Leider habe sich für die vorgesehenen 24 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau kein Investor gefunden. Den Vorschlag der SPD-Fraktion, den es bereits auch schon von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegeben habe, hält er für den falschen Weg und für kontraproduktiv der Verwaltung gegenüber. Der beste Weg sei die Ausführung der Baumaßnahme durch einen privaten Investor. Hierbei habe man in großem Ausmaß auf die Bedürfnisse der Nachbarn und auf die des Gemeinwohls geachtet, so Herr Drinkuth.

Frau Köß regt an, grundsätzlich alternative Möglichkeiten zu erwägen, da es vermehrt schwieriger würde, Investoren für Projekte zu finden. Es gebe Möglichkeiten z. B. über die Gründung einer Genossenschaft, dass die Stadt Projekte selbst durchführe. Im aktuellen Fall könnten dann die ursprünglich geplanten 24 Sozialwohnungen gebaut werden, statt nur 15. Ständig ließe sich die Verwaltung von den Renditeerwartungen der Investoren treiben. Es gebe aber vielmehr auch eine Sozialwirtschaftlichkeit, die in den Fokus gerückt werden müsse. Frau Köß ist es wichtig, dass diese Aspekte auch für die Zukunft grundsätzlich mal überdacht werden sollten.

Herr Bürgermeister Knop weist darauf hin, dass auch der Bauverein Oelde Rendite erzielen müsse. Er hält es für eine sinnvolle Maßnahme in der Stifterstraße 30 Wohneinheiten, davon 15 Sozialwohnungen, in architektonisch ansprechender Form zu bauen.

Herr Fust ist der Meinung, dass in Oelde deutlich mehr als 15 Personen bzw. Familien Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten. Wenn es der Markt nicht schaffe, ein soziales Problem zu lösen, dann müsse die Stadt eingreifen. Das sei soziale Marktwirtschaft.

Herr Jathe weist darauf hin, dass dies auf Länderebene zutrefte, nicht aber auf kommunaler Ebene. Die Kommunen könnten Finanzdefizite kommunaler Einrichtungen nicht aus kommunalen Geldern decken. Er bat in diesem Zusammenhang um Überprüfung, ob die Mietpreisstruktur noch passend sei.

Herr Bovekamp wünscht sich für die Zukunft mehr Engagement hinsichtlich der Ausweisung und Schaffung von Sozialwohnungen in neuen Baugebieten.

Es würde stets über Rendite gesprochen, so Herr Rodriguez, aber vielmehr handele es sich um Wohnungen für Menschen. Wenn das Problem der fehlenden Sozialwohnungen nicht anders gelöst werden könne, dann müsse die Kommune handeln. Keinesfalls dürften die Rendite-Interessen den Interessen der Menschen übergeordnet werden. So gehe man nicht mit Menschen um, erklärt Herr Rodriguez und die ständige Frage nach der Rendite dürfe kein Argument sein.

Frau Köß erkundigt sich nach dem weiteren Verfahrensablauf hinsichtlich der 30 Wohneinheiten in der Stifterstraße und möchte wissen, warum bisher keine Planänderung oder auch der Investor vorgestellt worden sei.

Dazu teilt Herr Bürgermeister Knop mit, dass die Zusage des Investors vorliege. Über die Änderung des Bebauungsplanes werde in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 23. November beraten und stehe anschließend im Rat behandelt.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit 20 Gegenstimmen, 10 Dafür-Stimmen abgelehnt.

6.2. Antrag der CDU-Fraktion; Straßenbenennung Vorlage: B 2017/011/3869

Herr Drinkuth begründet den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt:

„Eine Straße im neuen Baugebiet Benningloh II soll nach dem am 16.06.2017 verstorbenen langjährigen

deutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl benannt werden.

Begründung:

Helmut Kohl hatte als „Kanzler der Einheit“ entscheidenden Einfluss auf die erfolgreiche und friedliche deutsche Wiedervereinigung in den Jahren 1989 und 1990. Darüber hinaus galt er als Motor der europäischen Integration, die im Jahr 1992 mit dem Vertrag von Maastricht zur Gründung der europäischen Union und später zur Einführung des Euro führte. Für seine besonderen Verdienste um Europa wurde ihm als einer von nur drei Personen der Titel „Ehrenbürger Europas“ verliehen. Mit rund 16 Jahren hält Helmut Kohl aktuell den Rekord für die längste Amtszeit als Bundeskanzler in Deutschland.

Helmut Kohl hat in seiner Dienstzeit als Bundeskanzler Deutschlands zwischen 1982 und 1998 wesentliche historisch bedeutende Ereignisse in der Entwicklung Deutschlands geprägt. Dies macht ihn zu einem außergewöhnlichen Politiker, den wir mit der Benennung einer Straße ehren möchten.

In Oelde gibt es bereits Beispiele für die Benennung von Straßen nach besonders verdienten Politikern. Hier sind beispielweise die Konrad-Adenauer-Allee oder die Willy-Brandt-Straße zu nennen.

Neben der Benennung einer Straße nach Helmut Kohl könnten in Abhängigkeit der geplanten Anzahl der Straßen im neuen Baugebiet Benningloh II auch weitere bedeutsame Politiker, welche sich im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung und der europäischen Integration verdient gemacht haben, wie beispielweise Hans-Dietrich Genscher oder Egon Bahr, für neue Straßennamen in Frage kommen.“

Herr Drinkuth beantragt abschließend, den Antrag der CDU-Fraktion zur Beratung in den Fachausschuss zu verweisen.

Frau Brommann ist es im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein besonderes Anliegen, neue Straßen auch nach Frauen zu benennen und überreicht Herrn Bürgermeister Knop dazu einen Buch mit Porträts bedeutender Frauen des Kreises Warendorf. Sie bittet darum, die Vorschläge einzubeziehen.

Herr Bovekamp teilt mit, dass die FWG-Fraktion von dem frühen Vorstoß der CDU-Fraktion überrascht sei. Es sei nicht gut, mit Benennungsvorschlägen sofort in die Öffentlichkeit zu gehen, besser sei eine interne Vorabstimmung untereinander. Ihm sei wichtig, dass Lebenswerke von Verstorbenen mit Respekt und Würde betrachtet würden. Die öffentliche Diskussion könne dazu führen, dass über Verstorbene und deren Lebenswerke kontrovers diskutiert werde und das erfülle ihn mit Sorge, so Herr Bovekamp. Eine solche Diskussion dürfe seiner Meinung nach nicht ins politische Tagesgeschäft hineingeraten. Der Respekt vor dem Menschen dürfe nicht verloren gehen. Martin Luther und der Sozialdemokrat Otto Wels seien ebenfalls Männer, die sich auf gleiche Weise für Deutschland verdient gemacht hätten.

Herr Westbrock ist der Meinung, dass eine Demokratie aushalten müsse, wenn über Menschen öffentlich diskutiert werde. Herr Westbrock stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag der CDU-Fraktion auf eine Straßenbenennung im Baugebiet Benningloh II zur weiteren Beratung an den Fachausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, den Antrag der CDU-Fraktion auf Benennung einer Straße im Baugebiet Benningloh II in den Fachausschuss zu verweisen.

**6.3. Antrag der CDU-Fraktion; Lehrschwimmbecken Stromberg
Vorlage: B 2017/011/3870**

Herr Bürgermeister Knop trägt vor:

Die CDU-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 19. Oktober 2017, die notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von etwa 100.000 Euro für eine sachgerechte Sanierung des Stromberger Lehrschwimmbeckens in den Haushalt 2018 einzustellen.

Herr Bürgermeister Knop weist darauf hin, dass die beantragten Haushaltsmittel zur Sanierung des Stromberger Lehrschwimmbeckens bereits durch die Verwaltung in den Haushaltsplanentwurf 2018 eingestellt wurden.

Herr Drinkuth beurteilt positiv, dass die Verwaltung die Notwendigkeit zur Sanierung sieht und zieht den Antrag der CDU-Fraktion vom 19. Oktober 2017 zurück.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

7. Maßnahmenfreigabe zur Planung einer Mehrfachsporthalle Vorlage: B 2017/012/3868

Herr Bürgermeister Knop verweist auf den Sachverhalt in der Beschlussvorlage:

Es erfolgt mündlicher Sachvortrag des Büros K-Plan zu einer ersten Entwurfsplanung und Kostenschätzung für die Realisierung einer Mehrfachsporthalle im Bereich der Straße „Zur Axt“.

Aufgabenstellung gegenüber dem Büro K-Plan war es, entwurfsmäßig eine Halle zu konzipieren, die entsprechende DIN-Größen erfüllt und über erforderliche Geräteausstattungen verfügt. Sämtliche Baunebenkosten für Fachplaner und Architekten, Außenanlagen und Stellplätze waren in die Kostenschätzung einzubeziehen (Gesamtprojektkosten).

Sinnvollerweise sollten einige Reihen Tribüne oberhalb der Umkleidebereiche vorgesehen werden. Hier könnten z. B. bei Schüler- oder Vereinsturnieren einige Zuschauer auf der Tribüne Platz finden (bis ca. 200 Personen), analog der Dreifachsporthalle am Hallenbad.

Es handelt sich bei dem künftigen Standort der Halle an der Straße „Zur Axt“, gegenüberliegend zum Einmündungsbereich der „Wiedenbrücker Straße“, um einen städtebaulich markanten Punkt, so dass auch der Wirkung des Baukörpers mit der zwangsläufig zu erwartenden hohen Fassade eine nicht zu geringe Bedeutung beigemessen werden sollte, zumal der Baukörper aufgrund des dort verlaufenden Abwasserkanals nicht abgesenkt werden kann.

Idealerweise sollte die Halle daher der Höhe nach abgestuft realisiert werden, wobei dann die eigentliche Hallenhöhe gegenüber der äußeren Gebäudelinie etwas zurückspringen könnte.

Darüber hinaus sollte als weitere Variante kostenmäßig dargestellt werden, was diese Halle kosten würde, wenn sie zusätzlich multifunktional als Versammlungsstätte konzipiert wäre und bis zu 1.000 Besuchern Platz bieten würde.

Elemente bei denen hierbei zwingend Mehrkosten entstehen, sollen dargestellt werden. Z. B. aus zusätzlichen Brandschutzanforderungen, erhöhten Anforderungen an die Statik, einem tragfähigerem

Hallenbodenaufbau, zusätzlichen Besuchertoiletten, einem größeren Garderoben/ Foyerbereich und entsprechend erforderlichen Rettungswegbreiten, die das benötigte Raumvolumen erhöhen.

Um die Umbauzeit bei einem Wechsel zw. Schul- und Vereinssport zu sonst Veranstaltungen beschleunigen zu können, sollte ein Teil der Zuschauerränge auf Teleskoptribünen kalkuliert werden (ca. 600 Personen).

Frau Mattedi und Herr Zimmermann, Büro K-Plan, stellen anhand der beigefügten Präsentation erste Entwurfsplanungen und Kostenschätzungen für die Realisierung einer Mehrfachsporthalle vor, erläutern Vor- und Nachteile der Varianten.

Frau Köß bedankt sich für den Vortrag, beanstandet jedoch, dass den Ratsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung keine derart aussagekräftigen Unterlagen übersandt worden seien. Sie habe die entsprechende Bitte ausdrücklich in schriftlicher Form an die Verwaltung gerichtet. Ihr sei klar, dass die Zeit dränge, hält es aber für unerlässlich, rechtzeitig aussagekräftige Vorlagen zu erhalten, um sich mit derart weitreichenden Entscheidungen gewissenhaft und verantwortungsvoll beschäftigen zu können. Sie bittet darum, in die Maßnahmen noch die Möglichkeit einer Photovoltaik-Anlage einzurechnen.

Auf Anfrage von Herrn Soldat nach sogenannten kleineren Veranstaltungen, die in der reinen Sporthalle stattfinden könnten, teilt Herr Zimmermann mit, dass es sich hierbei um sportliche Wettkämpfe als Veranstaltung mit nicht mehr als 200 Personen handeln könnte.

Herr Drinkruth teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion die Anlegung einer Photovoltaik-Anlage ebenfalls mit berücksichtigt sehen wolle. Zur Sache selbst sehe die CDU-Fraktion jedoch ein Problem, die Maßnahme wertmäßig einzuordnen. Die vorgestellten Varianten bewegen sich in Kostenrahmen von 6,5 Mio Euro bis 8,5 Mio Euro. Psychologisch gut aufbereitet sei die Hinführung auf die Variante der „goldenen Mitte“, so Herr Drinkruth. Seiner Meinung nach stellen sich noch viele Fragen, unter anderem hinsichtlich der Anordnung der Tribüne (besser ebenerdig) oder auch die ausreichende Anzahl der erforderlichen Räume für die Vereine (z. B. für Kuchentheken bei Turnieren und Wettkämpfen). Die Vielzahl der offenen Fragen mache eine weitere, eingehende interfraktionelle Beratung unerlässlich. Der CDU-Fraktion sei klar, dass die Zeit dränge, eine Entscheidung sei aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Zahlen müssten verglichen werden. Eigene Recherchen hätten ergeben, dass gleichartige Baumaßnahmen in anderen Städten deutlich günstiger zur Ausführung gelangt wären.

Auch Frau Wiemeyer hält es aufgrund der Größenordnung der Maßnahme für unverantwortlich ohne weitere interfraktionelle Diskussion über das Projekt zu entscheiden. Auch sie beklagt, dass den Fraktionen nicht rechtzeitig im Vorfeld der Sitzung aussagekräftige und beratungsfähige Unterlagen überlassen wurden.

Herr Rodriguez kann den Argumentationen nicht folgen und verweist auf den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag, der ausdrücklich im ersten Schritt „nur“ beinhaltet, dass die Verwaltung die Planung einer Dreifachsporthalle weiterverfolgen solle und die dazu erforderlichen Mittel freizugeben, mehr nicht, so Herr Rodriguez. Keinesfalls dürfe nun noch mehr Zeit verstreichen, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass bis zur Fertigstellung der Halle weitere 30 Monate vergehen würden. Es stehe doch außer Frage, dass die Halle dringend gebraucht werde, um den Schulsport nicht zu verhindern

Herr Bürgermeister Knop stellt ergänzend klar, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch weniger als eine grobe Kostenschätzung und nur eine in Ansätzen ungefähre Größenordnung für die Halle vorliege. Erforderlich sei daher heute die Entscheidung, ob die Halle als reine Dreifachsporthalle oder mit der Komponente einer multifunktionalen Nutzung errichtet werden soll. Seiner Meinung nach müsse diese Entscheidung grundsätzlich möglich sein, insbesondere auch, um das Verfahren voranzutreiben. Alles andere gehe zu Lasten des Sports, so Herr Bürgermeister Knop.

Frau Mattedi ergänzt, dass das Büro K-Plan den Prüfauftrag in zwei Monaten durchgearbeitet habe und bisher lediglich eine grobe Bedarfsermittlung beinhalte. Man befinde sich in Leistungsphase 0 und die vorgestellte Entwurfsplanung habe keinen Anspruch auf eine konkrete Planung.

Herr Drinkuth erinnert daran, dass der Rat bereits im Juli entschieden habe, den Prüfauftrag zu erteilen. Wenn das Büro K-Plan den Auftrag im Oktober erhalten habe, seien schon da wieder zwei Monate verloren gegangen. Er hält es für sinnvoll, die Möglichkeit der multifunktionellen Nutzung zu prüfen. Die Grobschätzungen der Kosten würden bereits jetzt ca. 1,5 Mio Euro höher ausfallen als bei den ersten Schätzungen seinerzeit. Die CDU-Fraktion halte es für falsch, dies zu ignorieren ohne Kosten verglichen zu haben. Als Ratsmitglied müsse man nachfragen und diskutieren dürfen.

Herr Fust verweist ebenfalls auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung und fragt sich, ob die CDU-Fraktion die Planungen anhalten wolle. Für eine Multifunktionshalle sehe er kein Konzept.

Auf Anfrage von Herrn Niebusch nach Spielräumen bei den Raumprogrammen und in welcher Form z. B. die Tribüne angeordnet werde, teilt Herr Bürgermeister Knop, dass noch alle Möglichkeiten offen seien, außer bei der Basisversion, bei der es sich um ein Standardbasisprogramm für Dreifachsporthallen handele. Herr Abel ergänzt, dass die Ausschreibung (sh. Beschlussvorschlag der Verwaltung) Planungsleistungen und Basisarchitektenleistungen beinhalte. Damit werde noch nicht über das Raumprogramm entschieden.

Herr Hellweg möchte wissen, wie viel Veranstaltungen es denn in Oelde gebe oder geben könnte mit mehr als 200 Besucherinnen und Besuchern. Seiner Meinung nach gebe es entsprechende Veranstaltungsmöglichkeiten bereits in der vorhandenen Dreifachsporthalle. Ferner möchte er wissen, ob die Multifunktionalität für erforderlich gehalten werde. Dazu erklärt Herr Junkerkalefeld, dass es dazu eine Verwaltungsmeinung gebe, der er sich anschließe.

Herr Drinkuth erläutert den als Anlage beigefügten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der Spielvereinigung Oelde und des TV Jahn Oelde vom 1. November 2017, wonach ein alternativer Standort für die Mehrfachsporthalle geprüft werden soll. In Absprache mit den beteiligten Sportvereinen werde ein Standort im Jahnstadion für ideal gehalten. Ferner sei man überzeugt, dass im Hinblick auf die bald notwendigen Sanierungen des Vereinsheimes sowie des Wohngebäudes im Jahnstadion Synergieeffekte erzielt werden könnten. Man sei sich bewusst, dass Vorplanungen für den Standort an der Straße „Zur Axt“ schon weit fortgeschritten seien, betont Herr Drinkuth. Gleichwohl müsse aufgrund des hohen Investitionsvolumens aber genau geprüft werden, welcher Standort langfristig gesehen am sinnvollsten sei. Die Verwaltung möge den Standort Jahnstadion prüfen und in der Ratssitzung im Dezember entsprechend berichten.

Herr Niebusch ist der Meinung, dass für das Jahnstadion mittelfristig eine andere Lösung benötigt werde. Er sieht die Gefahr, dass sich mit der Ermittlung von Synergieeffekten eventuell sogar der Neubau einer Mehrfachsporthalle erübrige.

Herr Bürgermeister Knop erklärt, dass die Notwendigkeit der Sanierung des Jahnstadions unstrittig sei. Die Gebäude seien abgängig und müssten durch Neubauten ersetzt werden. Derzeit gebe es aber innerhalb der Verwaltung keine Kapazitäten, diese Maßnahme anzufassen.

Herr Rodriguez erkundigt sich, ob sich der Bau der neuen Halle aufgrund des Antrages verzögere. Das verneint Herr Bürgermeister Knop.

Herr Niebusch erinnert daran, dass die neue Halle vorrangig für den Schulsport genutzt werden solle. Daher müsse die Frage nach dem sinnvollsten Standort an die Schulen gerichtet werden. Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass die Schulen den am nächsten gelegenen Standort aufgrund der kurzen Wege favorisieren.

Herr Siebert zeigt sich erstaunt darüber, wie gleichgültig mit der enormen Diskrepanz der Kosten umgegangen werde. Die Politiker seien den Bürgern gegenüber verpflichtet. Die Weglänge zur Sporthalle dürfe kein Argument für oder gegen einen Standort sein. Mit dem Prüfauftrag an die Verwaltung wolle man ermitteln, ob sich Synergieeffekte ergeben, die deutliche finanzielle Einsparungen für den Neubau der Halle bedeuten könnten, so Herr Siebert.

Auch Frau Wiemeyer ist verärgert über die Vorgehensweise der Verwaltung. Bei dem in Rede stehenden Objekt gehe es um Millionen und ohne eine gewissenhafte, verantwortungsbewusste Vorbereitung und Vorberatung sei keine Entscheidung möglich. Die Formulierung „... auf Basis des empfohlenen Raumprogramms...“ müsse aus dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gestrichen werden, so Frau Wiemeyer.

Herr Drinkuth beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um sich interfraktionell beraten zu können. Herr Bürgermeister Knop unterbricht die Ratssitzung für 15 Minuten und eröffnet die Sitzung dann neu.

Herrn Drinkuth ist es wichtig, dass die weiteren Planungen für eine Dreifachsporthalle in Absprache mit den beteiligten Sportvereinen erfolgen. Dies sagt Herr Bürgermeister Knop zu.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beauftragt die Verwaltung einstimmig, die Planung einer Dreifachsporthalle ohne die Komponente einer multifunktionalen Nutzung weiterzuverfolgen. Das Raumprogramm wird im weiteren Verfahren festgelegt.

Der Rat der Stadt Oelde erteilt einstimmig die Maßnahmenfreigabe, die Ausschreibungsverfahren für die benötigten Planungsleistungen durchzuführen und ergänzende Fachplanungen zu beauftragen.

Beschluss zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der Spielvereinigung Oelde und des TV Jahn Oelde vom 1. November 2017 auf Prüfung eines Alternativstandortes im Jahnstadion Oelde

Der Rat der Stadt Oelde entspricht dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der Spielvereinigung Oelde und des TV-Jahn Oelde bei 17 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Dementsprechend wird die Verwaltung die Prüfung eines Standortes für eine Mehrfachsporthalle im Jahnstadion vornehmen und über die Prüfungsergebnisse in der Ratssitzung am 18. Dezember 2017 berichten.

8. Haushaltssatzung 2018 Vorlage: B 2017/200/3847

Herr Bürgermeister Knop hält seine Haushaltsrede zur Etablierung 2018:
„Kraftvoll die Zukunft gestalten“

*Sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,*

drei erfreuliche Nachrichten zu Beginn:

1. Ich lege Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf vor, der für das kommende Jahr in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, ja sogar erstmals seit Einführung des NKF einen deutlichen Planüberschuss für das nächste Jahr ausweist.

2. Im Haushaltsplanentwurf ist – wie bereits angekündigt - eine Senkung der Grundsteuer B für bebaute Grundstücke auf 474 Punkte wie auch der Grundsteuer A für landwirtschaftliche Grundstücke auf 260 Punkte vorgesehen. Der Hebesatz der Gewerbesteuer bleibt unverändert.

3. Nach vielen Jahren ist für 2018 zudem wieder vorgesehen über die ordentliche Tilgung hinaus, den Schuldenbestand durch Sondertilgung eines Altdarlehns i.H.v. 1,4 Mio. € nachhaltig zu reduzieren.

4. Der Haushaltsplanentwurf 2018 enthält Investitionsschwerpunkte im Bereich der Schulinfrastruktur, im Rahmen der Wohnbauentwicklung, hier im Wesentlichen die Erschließung des Neubaugebietes Benningloh II, sowie im Bereich der Stadtentwicklung sind Investitionen insbesondere in dem Bereich der Innenstadt geplant.

Haushaltsgesamtübersicht – Ergebnisplan und Finanzplan

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 weist auf der Aufwandsseite einen Gesamtbedarf von 83,323 Mio. € aus, dem erwartete Erträge von 84,576 Mio. € gegenüberstehen. Damit kann ich Ihnen erstmals seit Einführung des NKF für 2018 einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf vorlegen, der für das kommende Jahr keine Rücklagenentnahme vorsieht. Wir erwarten für 2018 sogar einen deutlichen Überschuss in Höhe von 1,253 Mio. €, den wir allerdings in den Folgejahren zum Haushaltsausgleich zwecks Finanzierung der vielen ab 2019 anstehenden Projekte gebrauchen können und müssen.

Der Planentwurf zeigt, dass die Stadt Oelde sich für die kommenden Jahre viel vorgenommen hat, dass wir die Zukunft unserer Stadt kraftvoll gestalten wollen: Der Fortgang der Sanierung des Realschulgebäudes an der Bultstraße für die Gesamtschule, die Erweiterung der Gesamtschule um ein neues Gebäude für Technikunterrichtsräume, Planung und Baubeginn einer neuen Dreifachturnhalle, Erschließung und Vermarktung des neuen Baugebietes Benningloh II, Beginn der Baumaßnahmen für ein neues Feuerwehrgerätehaus in Lette und viele Maßnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt und zur Verbesserung der dortigen Aufenthaltsfunktion seien hier nur beispielhaft genannt.

Die Gründe für die geplante gute Ertragslage im kommenden Jahr sind im Wesentlichen auf die Einnahmen der Gewerbesteuer, den gemeindlichen Anteil an der Einkommensteuer, sowie aus den Verkaufserlösen von zur Vermarktung anstehender Wohnbau- und Gewerbegrundstücken, zurückzuführen.

Auch wenn der Haushaltplan 2018 ausgeglichen sein wird, werden wir nach derzeitiger Prognose ab 2019 leider noch nicht mit einem auch in den nachfolgenden Jahren fortdauernd ausgeglichenen Haushalt rechnen können. Die derzeitige Finanzplanung weist ab 2019 leider wieder Haushaltsdefizite auf, die wir dann aber weitestgehend mit der aus den Haushaltsüberschüssen des Jahres 2016 und voraussichtlich auch aus 2017 und 2018 aufgefüllten Ausgleichsrücklage decken wollen. Deshalb erscheint mir diese Unterdeckung ab 2019 vertretbar und begründet trotz einer vorgesehenen Rücklagenentnahme in den Jahren 2020 und 2021 nicht das Risiko einer Haushaltssicherung.

Ich möchte also die gute Ertragslage der Jahre 2016 und vor allem 2017 nutzen, um damit einerseits die Bürger direkt wie versprochen durch Senkungen der Grundsteuer zu entlasten und andererseits auch durch Ansparen von Rücklagen und gleichzeitige vorzeitige Rückzahlung eines Altdarlehns die künftigen Zinslasten nachhaltig senken. Damit kann in den Haushalten der Folgejahre weiterer Finanzierungspielraum für die Realisierung zahlreicher wichtiger Projekte zur Stadtentwicklung geschaffen werden. Auch das ist generationengerecht.

Gleichwohl wird auch 2018 nicht alles möglich sein, was wir uns wünschen. Bleiben wir realistisch: Zum einen ist bei den begrenzten Personalkapazitäten der Verwaltung nicht alles so zügig umsetzbar, wie es sich der eine oder andere vielleicht wünschen mag. Zum anderen ist das Mehr an Steuereinnahmen auch begrenzt und wird zudem dadurch geschmälert, dass rund 50 % dieser Mehrerträge nicht bei uns verbleiben, sondern über die Gewerbesteuerumlage oder die Kreisumlage letztendlich an Land und Kreis abzuführen sind.

Die eine oder andere Baumaßnahme werden Sie daher im Investitionsplan nicht schon in dem Jahr finden, in dem Sie es sich vielleicht erhofft haben. Der Investitionsplan 2018 weist Auszahlungen i.H.v. insgesamt 18,7 Mio. € aus. Das sind geplante Mehrauszahlungen von 8,7 Mio. € gegenüber dem Rechnungsergebnis des Jahres 2016.

In den kommenden Jahren sind dennoch mehr Zukunftsinvestitionen im Stadtgebiet Oelde geplant als jemals zuvor. Der Bau einer Dreifachsporthalle, der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Lette, sowie der Bau eines Technikgebäudes an der Gesamtschule möchte ich an dieser Stelle nur beispielhaft nennen.

Im Finanzplan sind in 2018 Investitionen in einem Gesamtvolumen von 18,701 Mio. € veranschlagt, davon

- 4,225 Mio. € für Grunderwerb für künftige Wohnbau- und Gewerbegrundstücke,
- 11,271 Mio. € für Baumaßnahmen in den Bereichen Hoch- und Tiefbau,
- 2,110 Mio. € für den Erwerb von Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeugen.

Der Haushaltsplan sieht die Ermächtigung vor, zur Finanzierung dieser Investitionen Kredite bis zu einer Gesamthöhe von 7,804 Mio. € aufzunehmen. Wir bewegen uns hinsichtlich der Kreditermächtigung damit rund 3,8 Mio. € unter dem Niveau der aktuellen Haushaltssatzung.

Zudem wollen wir im Jahr 2018 die Altschulden um weitere 2,57 Mio. € tilgen, davon sind neben der regulären Tilgung anteilig rund 1,4 Mio. € für eine im Frühjahr 2018 vorgesehene Sondertilgung eines Altdarlehens eingeplant. Damit können wir ein mit derzeit noch mit 4,2 % verzinstes Darlehen, also ein aus heutiger Zinssicht besonders teures Darlehen, vollständig tilgen. Somit eine konsequente Fortführung des bisherigen Schuldenabbaus der Vorjahre. Bereits 2016 konnte die Stadt Oelde ihre Kreditverbindlichkeiten im Rahmen der ordentlichen Tilgung um 1,2 Mio. € reduzieren auf noch 37,348 Mio. € zum Jahresende 2016. Und auch im laufenden Jahr 2017 mussten bisher – abgesehen von den Pflichtkrediten des Programms „Gute Schule 2020“ in Höhe von rund 320 T€ - weder neue Investitionskredite noch längerfristig Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

Ich bin zudem zuversichtlich, dass bei einer weiterhin guten Liquiditätsentwicklung der Stadt diese Kreditermächtigung auch im kommenden Jahr nicht voll ausgeschöpft werden muss.

I. Ertragsseite

Auf der Ertragsseite ergeben sich im kommenden Haushaltsjahr Verbesserungen von rund 7,9 Mio. € gegenüber den Haushaltsansätzen des laufenden Jahres.

Ursächlich dafür sind vor allem Verbesserungen bei der Gewerbesteuer und den der Stadt zufließenden Einnahmeanteilen aus der Einkommensteuer und Umsatzsteuer sowie die Berücksichtigung der Verkaufserlöse weiterer Wohnbaugrundstücke in Stromberg, Lette und ebenso die geplante Veräußerung der Baugrundstücke im neuen Baugebiet Benningloh II. Gerade Letztgenanntes bedingt zugleich einen Einmaleffekt, die sich so in den Folgejahren nicht wiederholen wird.

1. Positive Entwicklung der Steuereinnahmen

Bei der Gewerbesteuer ist das laufende Jahr 2017 geprägt von der höchsten Gewerbesteuerereinnahme, welche die Stadt je zu verzeichnen hatte. Die Gewerbesteuerereinnahme im laufenden Jahr liegt derzeit bei 25,3 Mio. €, also 6,6 Mio. € über dem ursprünglichen Haushaltsansatz von 18,7 Mio. €.

Wenn Sie den nun vorgelegten Haushaltsplanentwurf aufschlagen, werden Sie sich vielleicht fragen, warum die Gewerbesteuererwartung in 2018 nicht genauso hoch eingeplant wurde, wie die Einnahmen im laufenden Jahr, sondern gleichwohl „nur“ mit 20,4 Mio. €, also deutlich niedriger etatisiert ist.

Grund dafür ist, dass das laufende Jahr einige Sondereffekte enthielt, die sich voraussichtlich im kommenden Jahr so nicht wiederholen werden. Über 7 Mio. € der laufenden Gewerbesteuerereinnahmen waren nämlich als Steuernachzahlungen für vorausgegangene Jahre zu verbuchen, ein Einmaleffekt, der im Folgejahr 2018 nicht noch einmal in diesem Umfang zu erwarten ist.

Insgesamt profitiert die Oelder Wirtschaft – und damit auch die Stadt von der stabilen, guten Konjunkturlage und von den erfolgreichen neuen Gewerbeansiedlungen der letzten Jahre insbesondere in der Aurea wie im Gewerbegebiet A2.

Die Ertragserwartungen von 20,4 Mio. € für 2018 orientieren sich an den bisher vom Finanzamt festgesetzten Vorauszahlungen und berücksichtigen bereits eine überdurchschnittliche Nachzahlungserwartung von rund 2,2 Mio. €.

Im Sinne einer geordneten Haushaltswirtschaft ist daher der aktuelle Ansatz sachgerecht.

Wenn es gleichwohl mehr werden sollte, wird die Stadt Oelde nicht nur im Jahr 2018, sondern nochmals auch in den beiden Folgejahren 2019 und 2020 erneut Gelegenheit haben, weitere Altschulden im Gesamtumfang von nochmals bis zu 5,5 Mio. € außerordentlich und zusätzlich zu tilgen. Dabei handelt es sich um Darlehen, die derzeit noch zwischen 3,64 und 4 % verzinst sind, also ebenfalls relativ teure Altdarlehen.

Diese Sondertilgungsoption möchte ich mir für den Fall besserer Steuerertragslage vorbehalten, um damit nicht nur den Schuldenbestand, sondern auch die Zinslasten für kommende Jahre nachhaltig um bis 280 T€ jährlich reduzieren zu können. Eine dauerhafte Haushaltsentlastung, die angesichts der erheblichen Investitionsaufwendungen in kommenden Jahren z.B. für den Bau der Dreifachturnhalle, die notwendigen Sanierungen und Erweiterungen an Gesamtschule und Gymnasium oder die steigenden Soziallasten und Kinderbetreuungskosten mehr als notwendig ist.

Bei der Einkommensteuer profitiert die Stadt Oelde geringfügig von den insgesamt steigenden Steuereinnahmen des Bundes aus dieser Steuer; hinzu kommt, dass der auf Oelde entfallende Anteil alle 4 Jahre neu ermittelt wird.

Bei der Umsatzsteuer wirkt sich ebenfalls positiv die sogenannte Übergangsmilliarde der Bundesentlastung aus. Gleichwohl ist die Zunahme nicht so groß, wie erhofft. Denn hier erhält Oelde – anders als bei der Einkommensteuer - aufgrund des neuen Verteilschlüssels für die nächsten 4 Jahre einen leicht geringeren Prozentanteil als bisher.

Ich habe mich entschlossen, für 2018 die Senkung des Steuersatzes der Grundsteuer A und Grundsteuer B vorzuschlagen.

Es erscheint mir vertretbar, trotz der erheblichen vor uns stehenden Neuinvestitionen den Oeldern durch Senkung der Grundsteuer wieder eine Entlastung zukommen zu lassen. Dementsprechend sinken die zu erwartenden Einnahmen hieraus gegenüber dem Vorjahr.

Der Gewerbesteuerhebesatz soll unverändert bleiben, kreisweit betrachtet auf niedrigstem Niveau. Hier weiß ich, dass ich die Hoffnungen der heimischen Wirtschaft auf Hebesatzsenkungen auch bei dieser Steuerart mit meinem Vorschlag nicht erfüllen werde. Dafür sehe ich jedoch angesichts der zugleich gestiegenen Ausgaben in vielen Bereichen, die die Stadt nicht beeinflussen kann, wie z.B. den Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung oder den Kosten für die Kindertagesbetreuung, derzeit keinen Spielraum.

2. Weiterhin keine Schlüsselzuweisungen

Die gestiegenen Steuererträge der Stadt gehen leider auch einher mit nachteiligen Nebenwirkungen: Zum einen wird Oelde auch weiterhin keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten – wir müssen daher weiterhin all unsere Aufwendungen und Investitionen überwiegend selber stemmen. Insoweit gilt Oelde weiterhin als „steuerstark“. Als Folge gehen wir bei zahlreichen Förderprogrammen leer aus oder erhalten nur den niedrigsten Fördersatz. So bekommt Oelde beispielsweise kein Geld aus dem Kommunalinvestitionsförderpaket II, während unsere Nachbarstädte insbesondere für Projekte der

Schulgebäudesanierungen, die auch in Oelde erhebliche Ausgaben verursachen, teilweise Millionenbeträge an Fördermitteln erhalten.

Einzig positiver Lichtblick: Die neue Landesregierung hat ein entsprechendes Gesetzespaket auf den Weg gebracht, wonach ab 2018 die seit einigen Jahren zu zahlenden kommunalen Unterstützungszahlungen steuerstarker Städte wie Oelde an die finanzschwachen Städte insbesondere des Ruhrgebiets entfallen werden. Auch wenn das Gesetz noch nicht verabschiedet ist, konnten wir in Abstimmung mit dem Landrat nach einer entsprechenden Mitteilung aus dem Kommunalministerium bereits bei der Haushaltsaufstellung auf eine Veranschlagung dieser Ausgabeposition für 2018 verzichten.

II. Aufwandsseite

1. Leicht sinkende Kreisumlage

Weiterer Negativeffekt einer gestiegenen Steuerkraft ist eine sich daraus ergebende höhere Summe der abzuführenden Gewerbesteuerumlage und zudem eine an den Kreis abzuführende Kreisumlage von erwartet 15,115 Mio. €. Der Kreis Warendorf hat zwischenzeitlich seinen Haushalt eingebracht und beabsichtigt demnach zwar den Kreisumlagensatz deutlich um 2,8 Punkte auf 36,0 Punkte zu senken. Für Oelde bedeutet dies allerdings nur eine geringfügige Entlastung von rund 55 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Dennoch: Ich hatte hier zunächst mit einem deutlichen Anstieg der Kreisumlage gerechnet, der nicht eingetreten ist. Daher geht an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank an den Landrat des Kreises Warendorf, der gegenüber den ursprünglichen Daten aus dem Kreiseckdatenpapier nochmals zugunsten der kreisangehörigen Kommunen seine Umlageforderung nach unten angepasst hat. 15,115 Mio. € Kreisumlage sind damit nach den Personalaufwendungen weiterhin die zweitgrößte Aufwandsposition in unserem Haushalt.

Das derzeit laufende Beteiligungsverfahren der kreisangehörigen Kommunen zum Kreishaushalt lässt mich aber hoffen, dass hier der Kreis Warendorf noch spürbar nachbessern kann und wird. Unsere Erwartungshaltung ist, dass der Kreis Warendorf im kommenden Jahr die Zahllast der Kreisumlage unverändert auf Vorjahresniveau belässt. Hier werden wir gespannt die Etatberatungen zum Kreishaushalt beobachten.

2. Personalaufwendungen

Um die stetig zunehmenden und komplexer werdenden Aufgaben einer Stadt bewältigen zu können, benötigt auch eine Stadtverwaltung qualifiziertes und motiviertes Personal in ausreichender Anzahl. Gerade das laufende Jahr 2017 hat uns gezeigt, dass ohne ausreichendes Personal einige Aufgaben schlichtweg nicht zügig genug erledigt werden können. Weiterer Personalabbau und Outsourcen sind – dies hat sich mehrfach bestätigt - daher kein Mittel zur Effizienzsteigerung einer Stadtverwaltung.

Oft konnten wir zudem Einstellungen nicht so zeitnah vornehmen, wie gewünscht – es fehlt schlicht an geeigneten und verfügbaren Kräften auf dem leergefegten Arbeitsmarkt. Zudem sind derzeit die tariflich vorgesehenen Vergütungsmöglichkeiten für kommunale Beschäftigte nicht attraktiv genug, um qualifizierte Fachkräfte dauerhaft an uns zu binden. Häufiger als früher sagen daher qualifizierte Bewerber trotz einer in Aussicht gestellten Einstellungszusage ab, wenn sie das angebotene Gehalt erfahren, oder bewerben sich erst gar nicht. Und auch die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen scheiterte mehr als einmal, weil sich auf unsere Ausschreibungen kein Unternehmen meldete. Wir kommen daher nicht umhin, auch 2018 in wichtigen Bereichen wie strategische Personalplanung, IT oder Bauingenieurwesen erneut zusätzliche Stellen auszuweisen und uns um eine rasche Besetzung zu bemühen. Als Folge scheint mir eine Ausweitung des Stellenplanes um insgesamt 6,2 Stellen unumgänglich. Die vom Rat beschlossene dauerhafte Schaffung einer Stelle für den Klimaschutz ist dabei ebenfalls eingearbeitet. Eine wesentliche und deutlich steigende Aufwandsposition im kommenden Haushalt ist daher erneut der Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Hier werden die laufenden Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um rund 1,03 Mio. € auf 16,587 Mio. € steigen, davon mit 700 T€ der überwiegende Anteil für zusätzliche Stellenbedarfe. Einen nicht unerheblichen Anteil dieser Mehrbelastungen können wir aber durch gleichzeitige hausinterne Stelleneinsparungen refinanzieren. So konnte beispielsweise die Aufgabe der Kindergeldsachbearbeitung für immerhin rund 330 städtische Bedienstete bereits im Herbst 2017 ohne Mehrkosten auf die Kindergeldkasse bei der Bundesagentur für Arbeit zurückübertragen werden, um so hausintern freie Ressourcen zu schaffen.

Die Gesamtaufwendungen für den Personalbereich werden 2018 einschließlich der Versorgungslasten mit 19,63 Mio. € zu beziffern sein und machen über 23 % des Gesamtetats unser Stadt aus.

3. Forum Oelde und Stadtmarkenprozess

Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf berücksichtigt einen um rund 100 T€ gestiegenen Zuschussbedarf an Forum Oelde auf nun neu 1,65 Mio. €. Die bereitgestellte Summe entspricht dem von Forum im Betriebsausschuss bereits vorgestellten Entwurf des Wirtschaftsplanes 2018. Dieser Betrag ist zur Erledigung des zwischenzeitlich gewachsenen Aufgabenbestandes von Forum notwendig, weil das Personal für das Citymanagement oder andere neue Teilaufgaben rund um das Veranstaltungsmanagement und die Innenstadtattraktivierung unserer Stadt in den Verantwortungsbereich von Forum Oelde gewechselt ist – letztendlich verbunden mit einer gleichzeitigen Personalkostenverschiebung vom städtischen Kernhaushalt zu Forum Oelde. Diesen Aufgabentransfer gilt es jetzt bei der neuen Zuschussbemessung für Forum mit abzubilden. Über weitere Bedarfe z.B. für die Realisierung und Betreuung der von mir unterstützten Gründung einer Interessenstandortgemeinschaft für unsere Innenstadt als Zusammenschluss von Handel, Grundstückseigentümern und Stadt wird noch zu sprechen sein. Zusätzlich sind zahlreiche Spielgeräte und Attraktionen im Vier-Jahreszeiten-Park in die Jahre gekommen. Es bedarf eines entsprechenden Austausches oder neuer Attraktionen im Park. Die dafür notwendigen Investitionen sollen und müssen von der Stadt Oelde mitfinanziert werden.

Dafür sind im Investitionsplan künftig jährlich Zuschüsse in Höhe von zweimal je 100 T€ pro Jahr für attraktivitätssteigernde Maßnahmen und für Erneuerungen vorgesehen, insgesamt 200 T€ zzgl. 38 T€ jährlich für die Tilgung von Altdarlehen. Derzeit läuft die Personalauswahl für die im kommenden Jahr neu zu besetzende Betriebsleiterstelle bei Forum Oelde – wie wir alle wissen, wechselt Herr Junkerkalefeld im Jahr 2018 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Mit einer angemessenen Personal- und Finanzmittelausstattung geben wir der neuen Betriebsleiterin/dem neuen Betriebsleiter erste Möglichkeiten, entsprechende Akzente und Ideen für das gesamte Forum Oelde – und das ist deutlich mehr als unser Park – auch umzusetzen. Ich denke, dies ist sinnvoll und zukunftsweisend.

Das Büro Heinze und Partner hat in diesem Jahr mit Beteiligung der Oelder Bürgerinnen und Bürger eine Marke für Oelde entwickelt, die Sie in der Ratssitzung am 10. Juli 2017 einstimmig verabschiedet haben. Hintergrund war auch der Wunsch von Vertretern der Wirtschaft, dass sich die Stadt Oelde im interkommunalen Wettbewerb profilierter präsentieren müsse. Die neue Stadtmarke Oelde soll die Stärken der Stadt deutlicher als zuvor kommunizieren. Zugleich sollten Handlungsansätze für eine strategische Weiterentwicklung der Stadt Oelde gefunden werden. Darüber hinaus war Anspruch, dass die Marke in Form von Umsetzungsprojekten zu sichtbaren Ergebnissen führt und in konkreten Maßnahmen erkennbar wird. Ausdrücklich sollte kein „Konzept für die Schublade“ entstehen. Und so finden sich im Haushaltsplan eine Reihe von Umsetzungsprojekten wieder. Das Stadtmarketing soll neu aufgesetzt werden: Ziel sind ein neues und gemeinsames Corporate Design von Stadt und Forum Oelde und der Aufbau eines Merchandisings.

Rund 15 Stelen, im Innenstadtgebiet verteilt, sollen darüber hinaus einen unterhaltsamen Einblick in unsere Stadtgeschichte vermitteln und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen. Auch kommunikationsstrategische Ansätze sind neu zu definieren.

4. Krankenhausinvestitionsumlage

Die Landesregierung NRW hat mitgeteilt, die Finanzhilfen für dringend notwendige Investitionen in den Krankenhäusern zu verbessern. Das begrüße ich auch im Sinne unseres Oelder Marienhospitals ausdrücklich. Ein Risiko für den kommenden kommunalen Haushalt würde es jedoch bedeuten, wenn

diese höheren Landesleistungen wie bisher üblich im Rahmen der sogenannten Krankenhausinvestitionsumlage auch von den Kommunen zu 40 % mitzufinanzieren wären. Immerhin geht es hier um landesweit drohende Mehrbelastungen von 100 Mio. € jährlich für die Kommunen. Hier steht das Land im Wort, die höheren Lasten nicht auf die Kommunen umzuwälzen, schließlich handelt es sich um eine Landesaufgabe. Mehrbelastungen hierfür sind im Haushalt bisher nicht vorgesehen. Hier gilt es die weitere Entwicklung auf Landesebene zu beobachten.

5. Ausgabeschwerpunkt: Investitionen in Bildungsinfrastruktur

Auch wenn die notwendigen Gesetzesänderungen und Beschlüsse der Schulkonferenz noch nicht getroffen sind, eine Rückkehr auch unseres Gymnasiums zum Abitur nach 13 Schuljahren ist eine Option, auf die wir mit entsprechenden Haushaltsmitteln vorbereitet sein müssen.

Diese bedingt – sollte die Schule die Rückkehr zu G9 beschließen - zusätzliche Investitionsbedarfe für weitere Räume, Fachräume, Fachraumausstattungen und neu anzuschaffende – besser gesagt: auszutauschende Schulbücher. Schließlich müsste eine ganze Jahrgangsstufe zusätzlich untergebracht werden. Raumreserven im Bestand stehen dafür nicht mehr zur Verfügung, da die vor einigen Jahren bei Einführung der verkürzten Gymnasialzeit freiwerdenden Räume im Gymnasium für den damals zeitgleich eingeführten Ganztagsbetrieb und die damit einhergehenden neuen pädagogischen Unterrichts- und Betreuungskonzepte umgenutzt wurden und dafür auch weiterhin benötigt werden.

Für diese neuen Bedarfe sind im Finanzplanungszeitraum bereits erste Mittel veranschlagt. Hier steht das Land NRW im Wort, im Rahmen des Konnexitätsgrundsatzes „Wer bestellt, bezahlt auch“, sich angemessen an den zu erwartenden Rückkehr-Kosten zu G9 zu beteiligen. Andernfalls würde die Haushaltslage selbst bei Fortbestand unserer Mehreinnahmen schon in wenigen Jahren wieder aus den Fugen geraten. Auch hier ein finanzielles Risiko für unseren städtischen Haushalt, auf dessen Eintritt wir als Stadt kaum Einflussnahmemöglichkeit haben – Insoweit an dieser Stelle ein ausdrücklicher Appell an die Landesregierung, hier für getroffene politische Beschlüsse auch die finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

Seit 2010 haben wir bereits über 12,5 Mio. € in unsere städtischen Schulen investiert. Und es gibt weiterhin noch viel zu tun.

Die Gesamtschule steht dabei 2018 erneut im Mittelpunkt. Sie wird baulich entsprechend der Schülerzahlenentwicklung weiter saniert und erweitert und so der Standort Bultstraße auf die 2019 beginnende neue Oberstufe vorbereitet. Ich bin mir sicher, damit werden auch hier in großen Schritten für alle Beteiligten spürbare Verbesserungen hin zu optimalen Unterrichtsbedingungen geschaffen. Dazu habe ich auch Personalkapazitäten und Finanzmittel für diesen Bereich gebündelt. Vorgesehen sind Mittel für den Ausbau des neu aufgesetzten Dachgeschosses am Altbau, Fortführung der Fassadensanierung und der Außengeländegestaltung und die Schaffung neuer Aufenthalts- und Pausenbereiche im Gebäude und Freigelände an der Bultstraße, um den Schülern den Aufenthalt in Pausen und Freistunden sowohl bei gutem wie weniger gutem Wetter zu ermöglichen. Dazu soll auch der Eingangsbereich und das Foyer der Schule erweitert werden. Ebenso sollen neue Lehrerparkplätze, weitere Lehrerarbeitsplätze sowie ein der wachsenden Schule angemessener Schulverwaltungsbereich (incl. Sekretariat) geschaffen werden. Ferner sind erste Gelder eingestellt, um Aufenthaltsräume am Mittagszentrum zu sanieren und mit effektivem Lärmschutz zu versehen. Ebenso soll das vorgesehene und mit Mitteln des Programms „Gute Schule 2020“ kofinanzierte neue Gebäude für Technik- und weitere Fachräume in 2018 geplant und dann ab 2019 umgesetzt werden. Alleine dafür sind insgesamt 1,1 Mio. € etatisiert.

Weitere Finanzmittel sind vorgesehen für die Planung und den Bau der dringend benötigten neuen Dreifachturnhalle. Die Finanzbedarfe wurden vorhin anschaulich vom Büro KPlan erläutert. Ansätze für Zusatzausstattungen wie Tribüne und Maßnahmen zugunsten einer multifunktionalen kulturellen Mitnutzung sind allerdings bisher nicht eingeplant.

Einziger Wermutstropfen: Zusätzliche Gelder und Fördermittel vom Land NRW erhält die Stadt Oelde für diese Herausforderungen nicht: Beim Kommunalinvestitionspakt II für Schulbaumaßnahmen geht die Stadt Oelde wie schon oben erwähnt erneut leer aus, während unsere Nachbarstädte hier jeweils Millionenbeträge erhalten. Oelde muss hier alle Maßnahmen aus eigenen Mitteln umsetzen. Um den Schulbetrieb nicht über Gebühr zu beeinträchtigen, sind viele Maßnahmen auch weiterhin auf die Schulferienzeiten beschränkt, andere wie der Bau der Dreifachturnhalle oder des neuen Technikraumgebäudes sind dagegen ganzjährig möglich. Wir werden uns hier eng mit der Schule abstimmen. Aber dennoch wird es noch über 2018 hinaus dauern, bis alles fertig ist.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt im kommenden Jahr wird erneut die Verbesserung der EDV-Ausstattung an den Oelder Schulen sein. Dafür sind insgesamt 197 T€ eingeplant. Alleine 78 T€ sind vorgesehen, um an allen Oelder Grundschulen die Klassenräume in den Jahrgangsstufen 3 und 4 mit moderner Unterrichtspräsentationstechnik in Form von Tablet, Objektkamera und Beamer auf einem speziellen mobilen Medientisch auszustatten. 2019 ist dafür nochmals der gleiche Betrag eingeplant, dann für die Jahrgangsstufen 1 und 2 der Grundschulen.

Damit kommt die Stadt einem langjährigen Wunsch der Grundschulleiter nach, auch dort die gleichen technischen Präsentationsmöglichkeiten für Schüler wie Lehrer bereitzustellen, die sich an den weiterführenden Schulen in Oelde bereits bewährt haben.

Im Bereich der Grundschulen soll baulich im kommenden Jahr eine umfassende Sanierung von Klassenräumen an der Edith-Stein-Schule erfolgen. Dafür sind 60 T€ vorgesehen. Ebenso der Anstrich des Schultreppenhauses am Grundschulstandort in Lette.

2018 werden wir aber voraussichtlich die erhoffte Erneuerung der Sanitäranlagen an der Albert-Schweitzer Schule und die seit langem mehrfach verschobene Fassadensanierung und der Schulhofoberfläche an der Von-Ketteler-Grundschule noch nicht realisieren können. Hier fehlen für eine Umsetzung die notwendigen personellen Kapazitäten.

Zur Verbesserung und Ergänzung der Sachausstattung in den Schulen sind im kommenden Jahr ebenfalls erhebliche Mittel veranschlagt:

- (- 185 T€ für die Ausstattung der Nawi- und Technikräume an der Gesamtschule*
- 80 T€ für neues Schulmobiliar an der Gesamtschule*
- 50 T€ für die Ausstattung der Nawi-Räume am TMG*
- 197 T€ für die bereits erwähnte Verbesserung der EDV-Ausstattung an unseren Schulen. Schwerpunkt bilden hier die Gesamtschule und die Oelder Grundschulen*
- 30 T€ für spezielle Inklusionsmöbel und Ausstattung an Grundschulen*
- 54 T€ für die weitere Inklusionsarbeit*
- 25 T€ Deutsch-Sprachkurse für Seiteneinsteiger und Flüchtlinge*
- 20 T€ als freiwillige Mittel zur Aufstockung des Programms „Geld oder Stelle“ für die Übermittagsbetreuung an den weiterführenden Schulen von 187.500 € auf 207.500 €, da das Land die Mittel immer an den Schülerzahlen des Vorjahres orientiert. Davon profitiert insbesondere die Gesamtschule als einlaufende Schule, weil in der Mittelberechnung des Landes jeweils der aktuelle Jahrgang keine Berücksichtigung findet und zudem unterjährig zahlreiche Kinder neu an dieser Schule aufgenommen werden.*
- 60T€ freiwilliger städtischer Zuschuss zur Aufstockung der Finanzausstattung der Angebote in der Offenen Ganztagschule.)*

Ergänzend dazu sind im Bereich der Gebäudewirtschaft Mittel für eine grundlegende Sanierung der Technik des Lehrschwimmbeckens in Stromberg veranschlagt.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungsinfrastruktur ist die Stadtbücherei. Sie ist zugleich außerschulischer Lernort und sozialer Treffpunkt für alle Generationen. Das Gebäude und die Ausstattung haben eine Modernisierung und Weiterentwicklung verdient. Dafür werde ich in den kommenden Jahren finanzielle Mittel bereitstellen.

Auch die VHS ist ein wichtiger Baustein unserer Bildungsinfrastruktur. Hier wird hervorragende Arbeit geleistet. Die VHS ist Partner unserer Wirtschaftsunternehmen und leistet einen wesentlichen Beitrag in der Aus- und Weiterbildung und im Bereich der sprachlichen Integration.

Der beschlossene Umzug in das Gebäude der ehemaligen Overbergschule kann im kommenden Jahr allerdings noch nicht umgesetzt werden.

6. Ausgabenschwerpunkt Flüchtlingsbetreuung und-integration

Lassen Sie mich zu Beginn eines klarstellen: Es ist nach meiner Auffassung unsere humanitäre Pflicht, die zu uns geflüchteten Menschen menschenwürdig unterzubringen und in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dass uns das bisher gut und nahezu konfliktfrei gelungen ist, verdanken wir auch den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die uns bei der Bewältigung dieser Herausforderung unterstützt haben und sicher auch weiterhin unterstützen.

Nun zu den finanziellen Auswirkungen:

Die Mittelanmeldungen im Bereich Asyl für das Jahr 2018 beinhalten nach wie vor große Unsicherheitsfaktoren: Wie viele neue Flüchtlinge kommen und wie wird künftig der Familiennachzug gesteuert? Wie lange dauert die Bearbeitung des Asylantrages durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF und damit das Asylverfahren? Daneben ist eine große Herausforderung für die Kommunen die Versorgung von Flüchtlingen mit preisgünstigem Wohnraum, der auch zum dauerhaften Wohnen geeignet ist. Ebenso die steigende Zahl und Dauer der von den Kommunen weiterhin unterzubringenden und zu finanzierenden Flüchtlinge, deren Asylverfahren nicht erfolgreich war, die aber gleichwohl mangels Abschiebung teilweise über Monate oder Jahre hier in unserer Stadt verbleiben.

Hier stellt das Land NRW derzeit einfach 3 Monate nach Abschluss des Asylverfahrens die Zahlung der Erstattungen an die Kommune ein – fortan müssen die Kommunen dann ohne jegliche Kostenbeteiligung oder Erstattungen Dritter für diesen wachsenden Personenkreis die vollen Lebenshaltungskosten zahlen. Das darf so nicht bleiben. Hier sehe ich Bund und Land in der Pflicht, endlich angemessene Finanzierungsregelungen zu schaffen für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch wenn die Fallzahlen neuankommender Flüchtlinge insgesamt sinken, steigen im kommenden Oelder Haushalt erstmals seit Jahren die finanziell bei der Stadt verbleibenden ungedeckten Lasten aus der Flüchtlingsbetreuung wieder deutlich an.

Der Haushaltsplanentwurf beruht auf der Annahme von im Jahresdurchschnitt rund 200 Flüchtlingen im Leistungsbezug, davon rund 160 Personen, deren laufende Kosten vom Land im Rahmen des laufenden Asylverfahrens durch Pauschalzahlungen teilweise erstattet werden.

Daraus ergeben sich folgende erwartete Belastungen der Stadt:

- Laufende Leistungen, Krankenhilfe usw.:	1.600 TEUR
- Abrechnung der Krankenhilfe:	12 TEUR
- Betreuungskosten für	
DRK, Mütterzentrum:	230 TEUR
- Unterbringungskosten:	1.500 TEUR
- Kosten für WLAN in	
Sammelunterkünften:	10 TEUR
- Ausstattung Hausrat (investiv)	13 TEUR
- Ausstattung Wohnungen (inv.)	100 TEUR

Der erwartete Bedarf im Produkt 05.04.01. beträgt 3.464 TEUR

Hinzu kommen weitere 110 T€ externe Personalkosten für Integrationsarbeit und soziale Betreuung bei Produkt 05.04.03-Integration und erhebliche eigene Personalkosten für die Leistungsgewährung und Unterbringung der Flüchtlinge.

Die Erstattungen von Bund und Land decken diesen Finanzbedarf nicht annähernd. Erstattungen erwarten wir für die Flüchtlinge derzeit nur in Höhe von 1,67 Mio. € für das ganze Jahr 2018 (berechnet: 160 Personen x 10.392 €/Jahr oder 866 €/Monat gesetzlicher Erstattungsbetrag nach FlüAG).

Sie sehen also: die erwartete Kostenerstattung ist keinesfalls auskömmlich. Somit verbleibt im Produktbereich der Asylbewerberbetreuung eine zu erwartende Unterdeckung von über 1,8 Mio. € zzgl.

der für die Kommune ungedeckten Kosten in den Bereichen Kita-Betreuung, Schule, Sprachförderung, Integration etc. Damit verbleibt erstmals wieder ein Anteil von deutlich über 50 % der tatsächlich anfallenden Kosten der Flüchtlingsbetreuung ungedeckt bei den Kommunen. Diesen Effekt haben wir in dieser Dimension so nicht erwartet. Hier sind Bund wie Land mehr denn je in der Pflicht, endlich verlässliche und langfristig tragfähige Finanzierungslösungen zu finden, die die Kommunen nicht handlungsunfähig machen.

Die derzeit laufende Kostenevaluation des Landes muss beschleunigt abgeschlossen werden und zu Nachbesserungen des Landes bei den Erstattungsleistungen führen. Ohne die immensen Defizite in diesem Bereich wäre es sichtlich einfacher, auch in den kommenden Jahren ausgeglichene Haushalte aufzustellen und mehr Handlungsspielräume für kommunale Aktivitäten zu schaffen.

7. Jugendamt und Kindertagesbetreuung

Die im Bereich des Jugendamtes veranschlagten freiwilligen Mittel für die Schulsozialarbeit sind im Umfang unverändert geblieben. Immerhin Leistungen in Höhe von über 220 T€ erbringt die Stadt Oelde Jahr für Jahr freiwillig für die Schulsozialarbeit. Ferienspieltage einschließlich der Ferienspieltagsbroschüre, die Oeldinale und die Ausbildungsmesse MachMit sind für 2018 ebenfalls etatisiert.

Erhebliche Kostensteigerungen sind leider im Bereich der Aufwendungen für die Kindertagesbetreuung zu verzeichnen. Hierfür werden 2018 im Saldo rund 1 Mio. € mehr notwendig, als noch ein Jahr zuvor. Der ungedeckte städtische Finanzierungsbeitrag für die laufenden Betriebskosten der kirchlichen wie städtischen Kindertageseinrichtungen in unserer Stadt steigt damit im kommenden Jahr bereits auf fast 4 Mio. € (505 T€ Sprösslinge, 418 T€ Langstrümpfe und 3,08 Mio. € kirchliche Kitas und Tagespflegeangebote).

Grund dieses Kostenanstiegs ist die aufgrund der steigenden Nachfrage erforderliche Zunahme der zu finanzierenden Plätze.

Zwischenzeitlich besuchen bereits rund 80 % der Kinder ab dem 2. Lebensjahr eine Kindertagesstätte oder werden über Angebote der Kindertagespflege betreut. Der Gesetzgeber hat zudem einen gesetzlichen Rechtsanspruch der Eltern auf eine notwendige Kindertagesbetreuung geschaffen, den wir in Oelde als Angebot für unsere Bürger zum Glück auch vollumfänglich erfüllen können. Insgesamt sind mit dem beginnenden Kindergartenjahr 2017/18 gegenüber dem Vorjahr über 96 Plätze mehr in Kitas und Großtagepflegestellen in Form von sogenannten Kindspauschalen von der Stadt Oelde zu finanzieren. Und ab Herbst 2018 sollen nochmals rund 80 Plätze in der neuen Kita am Weitkampweg hinzukommen. Diese bedarfsgerechte Ausweitung des Platzangebotes bedingt eben diesen erheblichen Kostenanstieg.

Die Kindergartenfinanzierung ist weiterhin nicht auskömmlich. Erfreulich, dass dies nun auch der Landesgesetzgeber anerkannt hat und hier Abhilfe verspricht. Das als Sofortmaßnahme angekündigte Rettungspaket wird aber hier nicht ausreichend sein. Die Landesregierung muss als dringlichste Aufgabe über das vorgesehene Rettungssofortpaket hinaus schnellstmöglich verlässliche Regelungen für eine künftig auskömmlich finanzierte Kindertagespflege schaffen. Wir erhoffen uns hieraus zumindest eine deutliche Begrenzung des weiteren Anstiegs unseres städtischen Finanzierungsanteils in den kommenden Jahren. Das weitere Gesetzgebungsverfahren hier wird zeigen, ob darüber hinaus vielleicht ein echter Entlastungseffekt für den Jugendamtsetat erzielt werden kann.

8. Investitionen in die Infrastruktur, Kanal- und Straßenbau, Innenstadtgestaltung

Schwerpunkt im Kanal- und Straßenbau für 2018 werden die notwendigen Investitionen für die abwassertechnische und verkehrliche Erschließung des neuen Baugebietes Bennigloh II einschließlich der politisch beschlossenen freiwilligen Zusatzmaßnahmen im Bereich der Regenentwässerung und des Hochwasserschutzes sein. Dafür werden etatisiert 1,3 Mio. € für die Herstellung der Abwasser- und Regenwasserkanalisation, 460 T€ für die Erweiterung der Regenrückhaltebecken, 400 T€ für ein Hochwasserschutzbecken am Maibach und 1,39 Mio. € für die Herstellung der verkehrlichen Erschließung und der Baustraßen im künftigen Neubaugebiet. Der Beginn der Erschließungsmaßnahmen ist möglichst bereits im zeitigen Frühjahr 2018 vorgesehen, so dass dann bis zum Spätherbst 2018 die Baugrundstücke an die Bauwilligen verkauft werden sollen, damit mit den Rohbauten begonnen werden kann. Die Nachfrage nach Baugrundstücken in Oelde wie den Ortsteilen ist erfreulicherweise weiterhin ungebrochen hoch, dies belegt die lange Bewerberliste. Wir erwarten

daher eine überwiegende Vermarktung des Baugebietes bereits im kommenden Jahr. Daher gilt es im nächsten Jahr auch geeignete Standorte für weitere künftige Baugebiete im Stadtgebiet einschließlich der Ortsteile zu finden und diese zu entwickeln. Dringend benötigen wir auch bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Erste Mittel für Standortsuche und anfallende erste Planungskosten sind im Etat veranschlagt. Auch der Erweiterung des Gewerbegebietes A2 werden wir uns widmen.

Die Erneuerung von Kanalisation und Fahrbahn im Bereich Warendorfer Straße / Ostfelder Straße von der Einmündung Brandenburger Weg bis zur Straße Wickenkamp wird aufgrund dieser Baugebietserschließung von 2018 auf 2019 verschoben, weil ansonsten bei einem zeitgleichen Zusammentreffen von Erschließung des Baugebietes Benningloh II mit den notwendigen umfangreichen Baumaßnahmen an unserer Hauptverkehrsachse, der Warendorfer Straße, dem Oelder Norden ein Verkehrsinfarkt drohen würde. Die ungehinderte Zufahrt über die Ostfelder Straße in das neue Baugebiet ist während der Erschließungsarbeiten zwingend notwendig.

Ebenso sind Mittel für bauliche Maßnahmen in der Fußgängerzone im Rahmen des Masterplans Innenstadt veranschlagt. Diese bauliche Aufwertung der Innenstadt soll einhergehen mit Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsfunktion in unserer Innenstadt.

Weiterhin finden sich im Entwurf Gelder für einen gemeinsam mit dem Kreis Warendorf zu errichtenden kleinen Kreisverkehr an der Einmündung der Straße „Zum Sundern“ in den „Berliner Ring“. Kommunalen Anteil hierfür 290 T€.

Weitere 934 T€ sind vorgesehen für die Neugestaltung des Außenbereichs rund um den Bahnhof im Zusammenhang mit dem Ausbau des Oelder Bahnhofs als RRX-Haltepunkt. Dafür soll von Norden kommend wie bereits vorgestellt ein neuer Zugang zum Bahnhof geschaffen werden nebst Pendlerparkplatz und Fahrradstellplätzen. Hierfür sind zugleich Fördermittel im Umfang von 528 T€ vorgesehen. Weitere 65 T€ fallen für die Entwässerung des neuen Parkplatzes an der Bernhard-Rinke-Straße an.

Ebenso werden 2018 die Planungen für den Straßenendausbau der Baugebiete Lette, II. BA, und Westlich zur Polterkuhle begonnen, ebenso Planungen für zahlreiche Straßen- und Kanalsanierungen, die dann im Folgejahr umgesetzt werden sollen.

Digitalisierung

Den begonnenen und in vielen Bereichen schon umgesetzten Ausbau der digitalen Infrastruktur setzen wir fort: Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in der Stadt, den Ortsteilen und den Außenbereichen.

Demografischer Wandel

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Anteil älterer Menschen steigt.

Auf diesen demografischen Wandel müssen wir uns einstellen. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen für seniorengerechte Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten. Mit dem Wibbelt-Carre, dem Seniorenwohnprojekt an der Hans-Böckler-Straße und dem Seniorenwohnprojekt in Lette schaffen wir bedarfsgerecht und Sozialraum bezogen die Voraussetzungen dafür, dass ältere Menschen in unserer Stadt entsprechende Einrichtungen finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen, insgesamt also zahlreiche herausfordernde Projekte, auf deren Umsetzung in 2018 ich mich gemeinsam mit Ihnen und mit allen Beschäftigten des Rathauses freue.

Zum Abschluss danke ich an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Finanzabteilung, insbesondere Frau Steinberg und dem Stadtkämmerer Herrn Jathe für die umfangreiche Vorarbeit zur Erstellung des heute vorgestellten Haushaltsentwurfes.

Ich wünsche uns allen für die weitere Entwicklung unserer Stadt eine kraftvolle und tatkräftige Gestaltung der Zukunft und in diesem Sinne sachliche und konstruktive Haushaltsberatungen.“

Gemäß § 80 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ist der vom Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen dem Rat zuzuleiten.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit ihren Anlagen wird in der Sitzung eingebracht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit ihren Anlagen zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss bzw. an die beteiligten Fachausschüsse.

**9. Änderung der Satzung der Stadt Oelde über die Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze zum 01.01.2018
Vorlage: B 2017/201/3854**

Herr Bürgermeister Knop führt aus:

Im Haushaltsjahr 2015 wurden die Ausfälle der Gewerbesteuereinnahmen durch die Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A von 216 v.H. auf 274 v.H. und der Grundsteuer B von 400 v.H. auf 504 v.H. teilweise ausgeglichen. Die Haushaltsausführung des Jahres 2016 sowie die unterjährige Entwicklung des laufenden Haushaltsjahres 2017 zeigen, dass sich die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen deutlich positiv darstellt, sodass eine Senkung der Grundsteuer-Hebesätze möglich ist.

Herr Bürgermeister Knop schlägt die Senkung der Hebesätze für die Grundsteuern A (260 Punkte) und B (474) vor.

Steuerart	Hebesatz 2018	Veränderung ggü. 2017
Grundsteuer A	260 v.H.	- 14 v.H.
Grundsteuer B	474 v.H.	- 30 v.H.
Gewerbesteuer	412 v.H.	+/- 0 v.H.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die vorgeschlagenen Änderungen der Realsteuer-Hebesätze der Stadt Oelde und die dazu vorbereitete Änderungssatzung über die Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze zum 1. Januar 2018 zur Kenntnis und verweist diese zur Vorberatung an den Finanzausschuss.

10. Gesamtabschluss 2016 der Stadt Oelde
Vorlage: B 2017/201/3853

Herr Jathe teilt mit:

Die Stadt Oelde hat zum 31. Dezember jeden Haushaltsjahres gem. § 116 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) einen Gesamtabschluss aufzustellen. Mit dem Entwurf des Gesamtabschlusses 2016 legt die Stadt Oelde nunmehr den 7. Gesamtabschluss vor.

In den Gesamtabschluss der Stadt Oelde sind nach den Vorschriften der GO NRW und der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) folgende verselbstständigte Aufgabenbereiche einzubeziehen:

Vollkonsolidierte Konzerneinheiten:

- Forum Oelde (eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Oelde)
- WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH
- Energieversorgung Oelde GmbH (Anmerkung: Die Beteiligung wird von der WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH gehalten.)

Assoziierte Aufgabenbereiche:

- Bauverein Oelde GmbH

Folgende Beteiligungen werden nach den Vorschriften der GO NRW bzw. der GemHVO NRW mangels Wesentlichkeit bzw. mangels Einfluss zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Gesamtabschluss der Stadt Oelde einbezogen und gehören somit nicht zum Konsolidierungskreis:

- AUREA Das A2-Wirtschaftszentrum GmbH
- Krumtüngr Entsorgung GmbH
- Wasserversorgung Beckum GmbH
- Radio Warendorf Betriebsgesellschaft GmbH & Co. KG
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH
- RWE AG
- KoPart eG
- Stadtwerk Rheda-Wiedenbrück GmbH & Co. KG
- Stadtwerk Rheda-Wiedenbrück Verwaltungs-GmbH

Der Gesamtabschluss besteht aus:

- der Gesamtergebnisrechnung,
- der Gesamtbilanz und
- dem Gesamtanhang.

Ihm sind ein Gesamtlagebericht und ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Rat zudem im Rahmen des Gesamtabschlusses gem. § 117 Abs. 2 GO NRW zur Kenntnis gebracht.

Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2016 wurde vom Stadtkämmerer aufgestellt und durch den Bürgermeister bestätigt. Er wird in der Sitzung in seinen Eckpunkten vorgestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Entwurf des Gesamtabschlusses zum 31.12.2016 zur Kenntnis und leitet ihn nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

11. Wirtschaftsplan 2018 Vorlage: B 2017/EBF/3842

Herr Bürgermeister Knop führt aus:

Nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Eigenbetrieb Forum Oelde vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan für das kommende Geschäftsjahr vorzulegen.

Um für 2018 eine haushaltsrechtlich gesicherte Handlungsposition zu erhalten, soll der Wirtschaftsplan vorab beraten und entschieden werden. Dies ist insbesondere für die Planungen und Vermarktung der Veranstaltungen und für Investitionen im Jahr 2018 erforderlich.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Wirtschaftsplan 2018 in der beigefügten Form (Anlage zur Niederschrift) zur Kenntnis. Über den Wirtschaftsplan soll nach weiterer Beratung in der Ratssitzung am 18. Dezember 2017 beschlossen werden.

12. Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde; hier: Bericht des Bürgermeisters gem. § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung Vorlage: M 2017/011/3872

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

Die Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde ist in der seit der letzten Änderung am 7. Dezember 2009 gültigen Fassung für alle Rats- und Ausschussmitglieder verbindlich. Die Ehrenordnung wurde aufgrund der Vorgaben des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und der Gemeindeordnung verabschiedet, um mögliche Interessenkollisionen rechtzeitig erkennen und einschätzen zu können.

Danach sind neben den Ratsmitgliedern auch alle Ausschussmitglieder verpflichtet, schriftlich Auskunft über bestimmte persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse (§ 1 Abs. 1 der Ehrenordnung) zu geben. Die erhobenen Angaben der Ratsmitglieder sind teilweise gemäß § 95 Abs. 2 der Gemeindeordnung Bestandteil des Lageberichtes zum Jahresabschluss und werden jährlich im Rahmen der für den Jahresabschluss geltenden Veröffentlichungspflichten mit diesem veröffentlicht. Die Angaben der

übrigen Ausschussmitglieder (soweit nicht Ratsmitglied) sind jährlich, jeweils für 14 Tage, in den Räumen der Stadtverwaltung einsehbar.

Hinsichtlich der Einhaltung der Auskunftspflichten der Ratsmitglieder hat der Bürgermeister eine Berichtspflicht nach § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung. Er hat dem Rat jährlich schriftlich Bericht zu erstatten.

Dieser Berichtspflicht Folge leistend ist festzustellen, dass die erforderlichen Angaben von allen 32 Ratsmitgliedern abgegeben wurden. Insofern sind alle Ratsmitglieder ihrer Auskunftspflicht vollumfänglich nachgekommen.

Im Falle das Änderungen bezüglich der gemachten Angaben eintreten, ist der Bürgermeister unverzüglich durch die Ratsmitglieder hierüber zu informieren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Bericht des Bürgermeisters über die Einhaltung der Auskunftspflichten gem. § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde zur Kenntnis.

13. Maßnahmenfreigaben

Es liegen keine freizugebenden Maßnahmen vor.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

14. Verschiedenes

14.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

Ansiedlung Amazon

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe bei der Verwaltung verschiedene Fragen zur Ansiedlung des Unternehmens Amazon eingereicht, die wie folgt beantwortet werden:

- Inwieweit sind die Planungen des Unternehmens Amazon bekannt und deren Ausmaße in die strukturellen Planungen der Stadt Oelde einbezogen? Dieses gilt für die Bereiche Allgemeiner Wohnraum, Schule und Kindergärten und sonstige Infrastruktur wie z.B. Verkehr.
- In welchen Handlungsfeldern und mit welchen Partnern wird die Stadt die Ansiedlung des Logistikzentrums gestalten?
- Inwiefern ist es möglich, Amazon in die Bearbeitung der Herausforderungen einzubeziehen, bzw. das Unternehmen an der Lösung ggf. entstehender Probleme zu beteiligen?

Der Bauantrag der Fa. Amazon liegt hier im Hause zur Prüfung und Genehmigung vor. Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass Ende der vergangenen Woche eine Teilbaugenehmigung erteilt worden ist. Insofern kann mit den Erdarbeiten begonnen werden. Hinsichtlich der möglichen Auswirkungen für die Bereiche Wohnen, Schule und Kindergärten und Verkehr stehen wir in Kontakt mit Städten, die diesen Ansiedlungsprozess bereits erfolgreich begleitet haben. In dieser Frage werden wir auch Gespräche mit Vertretern der Fa. Amazon führen. Sollten sich hier zusätzliche Bedarfe abzeichnen, werden wir entsprechend reagieren und unsere Planungen anpassen.

Alle Gespräche mit Städten wie z.B. Winsen an der Luhe und Werne zeigen jedoch, dass die Ansiedlung der Fa. Amazon als positiver Gewinn für die Städte betrachtet wird. Die Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen des Konzerns vor Ort wird als konstruktiv und ebenfalls sehr positiv bewertet.

- Ist bei der Ansiedlung eines internationalen Unternehmens der Größenordnung Amazon mit Gewerbesteuerereinnahmen zu rechnen?

Ja, die Stadt Oelde kann hier mit Gewerbesteuerereinnahmen rechnen. Über die mögliche Höhe kann zum jetzigen Zeitpunkt jedoch keine Aussage getroffen werden.

Bürgerweg Sünninghausen

Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass in Sünninghausen der Lückenschluss zum bestehenden Radweg Richtung Diestedde im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement ausgebaut werden soll. Die Stadt Oelde begrüße und unterstütze dieses Projekt grundsätzlich.

Gesamtschule Oelde

Herr Bürgermeister Knop weist auf den aktuellen News-Letter hin, der den umfassenden Sachstand der Baumaßnahmen zum Inhalt habe. Der News-Letter ist der Elternschaft und dem Kollegium am heutigen Tage zur Kenntnis gegeben worden und kann darüber hinaus auf der Internetseite der Stadt Oelde eingesehen werden.

Geschäftsführer WBO

Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass Herr Jathe und Herr Kortenjan zu Geschäftsführern der WBO bestimmt worden seien und bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Ludger Junkerkalefeld für seine Arbeit als Geschäftsführer der WBO.

Sitzungskalender 2018

Herr Bürgermeister Knop weist noch auf den Sitzungskalender 2018, der den Ratsmitgliedern bereits digital zugegangen ist. Der Sitzungskalender in Papierform liegt nun ebenfalls vor.

Abschließend berichtet Herr Bürgermeister Knop von dem Projekt „Touristisches Wegeweiser-System in Stromberg“, für welches im Rahmen von 8Plus – VITAL.NRW im Kreis Warendorf Fördergelder

beantragt seien. Herr Bürgermeister Knop bedankt sich bei allen Beteiligten für dieses ausgeprägte ehrenamtliche Engagement.

Herr Bürgermeister Knop lädt die Anwesenden zur Gedenkfeier anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht 1938 ein, die der ökumenische Kreis „Wir Christen in Oelde“ am Donnerstag, 09.11.2017, 18 Uhr im Innenhof des Rathauses veranstaltet.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

14.2. Anfragen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen an die Verwaltung gestellt.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

Karl-Friedrich Knop
Vorsitzender

Andrea Westenhorst
Schriftführerin